

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 143/2005

Florian Hartleb

Rechtspopulistische Parteien

Sankt Augustin, April 2005

ISBN 3-937731-46-6

Ansprechpartner:

Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Arbeitsgruppe Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: 030/269 96 503
E-Mail: ralf.baus@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Wichmannstraße 6, 10907 Berlin

Inhalt

Zusammenfassung	3
1. Aktualität des Rechtspopulismus	6
2. Warum ein politischer Kampfbegriff?	9
3. Themen des Rechtspopulismus	17
3.1. Anti-Immigrationspartei	17
3.2. Law-and-Order-Partei	20
3.3. Anti-EU-Partei	21
3.4. Sozialpopulismus	25
4. Verhältnis zum Rechtsextremismus	27
5. Populismus und Regierungsverantwortung	30
6. Fallbeispiel des deutschen Rechtspopulismus: Schill-Partei	32
6.1. Entwicklung	32
6.2. Auf- und Abstiegsfaktoren	37
6.2.1. Roland B. Schill	37
6.2.2. „One-issue-Partei“	44
6.3. Fazit	46
7. Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland	49
Der Autor	53

Zusammenfassung

Der (Rechts-)Populismus ist in aller Munde. (Neue) Parteien, die in Europa durch Erfolge von sich reden machen – manche sind sogar in der Regierung vertreten – werden mit dem Etikett „(rechts-)populistisch“ versehen. Jeder, gleich ob Politiker oder Medienkonsument, glaubt irgendwie zu wissen, was mit Populismus gemeint ist. Um so erstaunlicher ist deshalb, dass der Populismus-Begriff nebulös bleibt und für große Verwirrung sorgt. Wenn überhaupt, findet Populismus für die „rechte“ Variante Verwendung, obwohl es einen Linkspopulismus gibt. Populismus ist nicht nur ein Schlagwort im politischen Tagesgeschäft, sondern eignet sich auch als eine wissenschaftliche Begriffskategorie. Vier Dimensionen des Populismus sind zu unterscheiden: die „technische“ (Populismus als vereinfachender Politikstil), die „inhaltliche“ (Populismus als eine Art „Bewegungstypus“), die „personelle“ und die „mediale“. Populismus stellt keinen Ersatzbegriff für Extremismus dar. Es gibt mithin extremistischen Populismus wie nicht-extremistischen Populismus.

Es kristallisieren sich klare „issues“ des Rechtspopulismus heraus. Rechtspopulistische Parteien warnen vor einer Gefährdung der nationalen Identität durch Masseneinwanderung. Starken Einfluss haben, gerade nach dem 11. September 2001, das Schreckensbild „multikulturelle Gesellschaft“ und die Warnung vor einem aggressiven Fundamentalismus. Rechtspopulistischen Formationen schwebt ein autoritärer Staat vor, der symbolhaft für Recht und Ordnung sorgen soll. Aktionistische Law-and-Order-Maßnahmen sollen konsequentes Durchgreifen suggerieren. Sie schlagen einen (national-)identitätsstiftenden Kurs ein, der gegen supranationale Institutionen wie die Europäische Union und gegen die Globalisierung als solche gerichtet ist. Dabei wird nicht das „Ob“, sondern das „Wie“ der Integrations- und Einigungsprozesse kritisiert. Grundsätzlich neigen sie wirtschafts- und sozialpolitisch zu protektionistischen Schutzversprechungen für die „kleinen Leute“ und einer grundsätzlichen Sozialdemagogie.

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Partei Rechtsstaatlicher Offensive legt folgender Umstand nahe: Die am 13. Juli 2000 in Hamburg gegründete Partei verbuchte am 23. September 2001 bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen aus dem Stand 19,4 Prozent der Wählerstimmen für sich. Nie zuvor in der Geschichte

der Bundesrepublik hatte eine neue Partei einen derart großen Erfolg erzielen können. Das Beispiel lässt – nach den Neuwahlen im Februar 2004, die ein Ende unter dem Kapitel „Schill-Partei“ markierten – Rückschlüsse auf den schnellen Absturz und die Kurzatmigkeit eines derartigen Phänomens zu – gerade in Regierungsverantwortung. Ronald B. Schill dominierte die Partei. Ohne ihn und seinen rhetorischen Aktionismus wäre es zur Gründung der Partei Rechtsstaatlicher Offensive nicht gekommen. Schill kam im Bürgerschaftswahlkampf 2001 nicht nur im Stil, sondern auch mit klaren pointierten Standpunkten den Vorstellungen einer charismatischen Führungspersönlichkeit nahe. An der Person Schill lässt sich rückblickend beinahe idealtypisch festmachen, wie schnell der Glanz einer charismatischen Führungspersönlichkeit durch Fehlverhalten verblasen kann. Wie im Nachhinein deutlich geworden ist, wurde das Phänomen „Schill“ in hohem Maße medial konstruiert und verstärkt. Die nicht-extremistische Partei war von ihrer Gründung an auf ein einzelnes Thema – das Politikfeld der Inneren Sicherheit – hin ausgerichtet. Sie streute Salz in die Wunden, welche die etablierten Parteien durch eine fehlende Sensibilität für das Politikfeld „Innere Sicherheit“ in Hamburg hinterlassen haben, und bot eine Vielzahl von Law-and-Order-Maßnahmen an. Die Hamburger Schill-Partei scheiterte rasch an einer überregionalen Ausdehnung. Die Vorzüge für rechtspopulistische Parteien in der Oppositionsrolle, welche die aus dem Stand gegründete Schill-Partei und die Liste Pim Fortuyn im Wahlkampf einnahmen, verschwinden mit dem Regierungseintritt. Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive war eine ad-hoc-Gründung mit einem ad-hoc-Erfolg.

Der parteiförmig organisierte Rechtspopulismus in Deutschland steckt – im Vergleich zum westeuropäischen Kontext – in den Kinderschuhen. Eine Partei, die es erreicht, Wählerattraktivität mittels einiger zentraler „issues“ herzustellen, existiert nach Entstehung der Partei Rechtsstaatlicher Offensive nicht. Die Partei blieb, wie ihr indisputables Abschneiden bei den Bürgerschaftswahlen 2004 in ihrem „Stammland“ eindrucksvoll bestätigte, ein vorübergehendes Phänomen. Gleichwohl ist die Verunsicherung, von der die Partei Rechtsstaatlicher Offensive profitiert hat, gerade in Zeiten schnellen Wandels und großer Veränderungen immer wieder vorhanden und lässt sich schüren.

Thematische Anknüpfungsmöglichkeiten wie das Wohlfahrtsstaats- und Sozialstaatsthema, von der Schill-Partei nur oberflächlich und unausgegoren behandelt, gäbe es auch in naher Zukunft. Stünde eine Führungspersönlichkeit mit Integrationsvermögen, Medienwirksamkeit sowie anerkannten rhetorischen Fähigkeiten zur Verfügung, könnte in Deutschland eine rechtspopulistische Partei bundesweit Erfolg haben.

1. Aktualität des Rechtspopulismus

Den europaweiten Erfolg der neuen rechtspopulistischen Parteien belegen die Wahlergebnisse in einzelnen Ländern. Sie zeigen nur zu deutlich, dass der neue Rechtspopulismus mittlerweile über eine solide Erfolgsgrundlage verfügt, mit deren Verschwinden in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen ist.¹ In Frankreich begann 1984 der Aufstieg des Front National unter Jean-Marie Le Pen² (Stimmanteile um die 15 Prozent), in Belgien konnten seit Mitte der 1980er Jahre zwei neue rechtspopulistische Parteien Wahlsiege verzeichnen (der xenophobe Vlaams Blok³, seit November 2004 nach einem Gerichtsurteil gegen drei ihrer Teilorganisationen in „Vlaams Belang“ umbenannt und der kleine Front National⁴, nach französischem Vorbild konzipiert). In der Schweiz konnte die 1985 gegründete Autopartei bei landesweiten Wahlen Stimmanteile um die fünf Prozent verbuchen.

Seit Beginn der 1990er Jahre löst Christoph Blocher – offiziell nur Züricher Kantonsvorsitzender, tatsächlich aber Vordenker und Einpeitscher der Schweizerischen Volkspartei (SVP) – einen Höhenflug des eidgenössischen Rechtspopulismus aus.⁵ Der Chemieunternehmer und Finanzier der Partei hat die einst liberal-konservative,

1 Vgl. zu den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien insb. Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004, S.12f. und Hartleb, Florian: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004, S. 5-21.

2 Jean-Marie Le Pen erlebte am 21. April 2002 eine Sternstunde und verursachte ein politisches Erdbeben im In- und Ausland. Er erreichte mit einem Stimmenanteil von 17 Prozent im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen den zweiten Platz. Damit konnte er Lionel Jospin, den Kandidaten der Linken, der fünf Jahre lang das Amt des Premierministers bekleidet hatte, aus dem Rennen werfen und zum ersten Mal in eine allerdings aussichtslose Stichwahl gegen den konservativen Jacques Chirac einziehen.

3 Der Vlaams Blok, Ende der 1970er Jahre ins Leben gerufen, strebt nach der Unabhängigkeit Flanderns. Er träumt von einem Flandern, das nicht nur unabhängig, sondern auch ethnisch homogen sein soll. Diese Homogenität soll durch Abschiebung von Nicht-EU-Ausländern in ihre Heimatländer sowie einen Zwang für EU-Ausländer, sich zu assimilieren, erreicht werden. Trotz der Ausgrenzung durch das Establishment kann die Partei, wie die Parlamentswahlen von 1999 und 2003 zeigen, stabile Erfolge verbuchen. 1999 wurde sie drittstärkste politische Kraft in Flandern, 2003 konnte der Vlaams Blok seinen Stimmenanteil im nördlichen Landesteil auf beachtliche 18 Prozent steigern. Bei den Kommunalwahlen 2000 in Antwerpen und Mechelen erreichte der Vlaams Blok gar die meisten Stimmen. Maßgebliche Figur ist seither der Antwerpener Vorsitzende Filip Dewinter.

4 Die Partei ist unitaristisch, monarchistisch und agitiert gegen Immigranten. Ihr bestes Resultat erreichte sie bei den Parlamentswahlen von 1995 mit 2,3 Prozent.

5 Zwei weitere Parteien, die so genannte Autopartei und die Tessiner Liga (in ihrem Heimatkanton), sorgten in der Schweiz für Furore.

ursprünglich nur regional verankerte SVP⁶ systematisch zu einer rechtspopulistischen Formation „getrimmt“. Bei den Nationalratswahlen im Oktober 1999 wurde sie mit 22,5 Prozent knapp stimmen-, wenn auch nicht mandatsstärkste Partei, vier Jahre später mit 26,8 Prozent nach Wähleranteilen und Sitzen die klar stärkste Partei.

Mit dem Wahlergebnis im Rücken brachte Blocher die von 1959 an geltende „Zauberformel“, die den Parteienproporz der Regierung festschrieb und den vier großen Parteien eine feste Zahl an Sitzen in der Regierung garantiert hatte, zum Einsturz. Blocher setzte seinen massiv erhobenen Anspruch auf ein zweites Regierungsamt seiner Partei durch und ließ sich am 10. Dezember 2003 in die Bundesregierung wählen. Die Allparteienkoalition in der Schweizer Konkordanzdemokratie sorgt für eine Einstimmigkeit aller Regierungsbeschlüsse, Blocher muss damit beinahe automatisch den Regierungskurs mittragen.

In Dänemark und Norwegen nehmen so genannte, explizit immigrations-feindliche Fortschrittsparteien eine feste Position im Parteiensystem ein: Die norwegische Fortschrittspartei mit dem Vorsitzenden Carl Hagen unterstützt seit den Parlamentswahlen 2001, bei denen die Partei fast 15 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte, die konservative Minderheitsregierung. Die Dänische Volkspartei (DF) um die Parteivorsitzende Pia Kjörsgaard ist nach der Parlamentswahl 2001 mit 12,0 Prozent Koalitionspartner in der Regierung. Durch den erneuten Wahlgewinn bei den Parlamentswahlen im Februar 2005 (13,2 Prozent) kann sie einen noch größeren Einfluss auf die dänische Politik ausüben. In Schweden kam eine ähnliche Gruppierung, die Neue Demokratie, erst 1991 und nur kurzzeitig zum Erfolg.

In Italien schaffte die von ihrem Aushängeschild Umberto Bossi angeführte regionalistische Lega Nord⁷ im Verein mit dem populistischen Medienunternehmer Silvio Berlusconi und dessen Forza Italia⁸ sowie den ehemaligen Neofaschisten der Allean-

6 Die SVP erreichte bei den Nationalratswahlen 1987 einen Stimmenanteil von 11,1 Prozent, 1991 kam sie auf 11,9 Prozent, 1995 auf 14,9 Prozent.

7 Die „Partei der Lombarden“, ursprünglich eine autonomistische Bewegung, operiert mit einem identitätsstiftenden Geschichtsmythos und – obwohl selbst an der Regierung – mit gegen Rom (und gegen die EU) gerichteten Ressentiments. Beliebte Feindbilder sind „Nichtsteuer“ aus dem Süden und Immigranten.

8 Der Mailänder Medienunternehmer Silvio Berlusconi entschloss sich im Frühjahr 1994, in die Politik einzusteigen. In Windeseile entstand unter dem Namen Forza Italia eine clubartig organisierte Massenbewegung, die bereits bei den Parlamentswahlen von 1994 mit 21,0 Prozent stärkste

za Nazionale 1994 den Sprung in die Regierung. Nur wenige Monate später war das Bündnis bereits beendet, nachdem sich der Koalitionspartner Lega Nord wegen der Korruptionsvorwürfe gegen Berlusconi von diesem losgesagt hatte. Seit den Wahlen vom 13. Mai 2001 heißt der italienische Ministerpräsident durch die Neuauflage des alten Bündnisses erneut Silvio Berlusconi.

In Österreich schaffte es die FPÖ unter Jörg Haider ab 1986 schrittweise, zu den „großen“ Volksparteien SPÖ und ÖVP aufzuschließen. Ihre historischen, deutschnationalen Traditionen warf die Partei über Bord und ersetzte diese durch einen ausgeprägten Populismus. Eine Regierungsbeteiligung von Februar 2000 an – nach einem Nationalratsergebnis von 26,9 Prozent – war die Folge des Aufwärtstrends; die FPÖ war im Zenit ihres Erfolges angelangt.⁹ Die Regierungspolitik gestaltete sich schnell als schwierig, wurde sie doch von den auf einem Oppositionskurs beharrenden Hardlinern um Jörg Haider permanent desavouiert und schließlich torpediert. Das Dilemma der Partei: Haider zog sich mit der Regierungsbeteiligung zwar offiziell aus der Bundespartei zurück, legte inoffiziell aber die Rolle als mächtigste Person in der Partei niemals ab. Schnell begann der Erosionsprozess der Partei; sie verursachte Neuwahlen, musste bei den Nationalratswahlen 2002 erhebliche Stimmenverluste in Kauf nehmen, ist aber trotzdem wieder in der Regierungskoalition, wiewohl in weit schwächerer Position.

In den Niederlanden wurde die Liste Pim Fortuyn (LPF) auch ohne ihren am 6. Mai 2002 (wenige Tage vor der Parlamentswahl) ermordeten Spitzenkandidaten und Namensgeber mit 17,0 Prozent zweitstärkste Kraft¹⁰ und partizipierte anschließend an der neuen Koalition. Es war bei Pim Fortuyn bis zu seinem Tod nur schwer nachvollziehbar, welche politischen Ansichten er in vielen Dingen wirklich vertreten hatte.¹¹ Ähnlich wie in Österreich kam die LPF mit der Regierungsverantwortung nicht

Gruppierung im Parlament wurde und die Machtübernahme Berlusconis als Ministerpräsident bewerkstelligte.

9 Der Machtfaktor „FPÖ“ wurde gar zu einem europäischen Politikum. Die EU-Mitgliedstaaten leiteten kurzzeitig Sanktionen gegen Österreich ein, die zu heftigen Kontroversen inner- und außerhalb des Landes führten.

10 Die Grundlage hierfür bildeten die Rotterdamer Kommunalwahlen im Frühjahr desselben Jahres. Die Partei um Fortuyn erzielte aus dem Stand heraus 35 Prozent der Stimmen.

11 In seiner Studentenzeit erwog er noch den Beitritt zur Kommunistischen Partei, trat dann aber dem linken Flügel der Sozialdemokratie bei. Fortuyn, lange inspiriert vom Marxismus, bewunderte später Silvio Berlusconi.

zurecht, besaß ohne Fortuyn keine Fortüne, versank im Chaos, verursachte Neuwahlen und ging aus diesen mit massiven Stimmenverlusten und dem Ende ihrer Regierungsbeteiligung heraus.

Die Ausübung von Macht ist nachteilig für derartige Parteien und vermindert die Fähigkeit, sich als Alternative zu den etablierten Kräften zu präsentieren. Ob daraus das Ende des Aufwärtstrends, ein Abflachen oder eine rapide Abwärtsbewegung des Rechtspopulismus zu prognostizieren ist, muss Spekulation bleiben. Bei allen genannten Parteien handelt es sich mit Ausnahme der österreichischen FPÖ und der eidgenössischen SVP, die unter Jörg Haider bzw. Christoph Blocher allerdings einer kompletten Transformation unterzogen worden sind, um neue Formationen.

2. Warum ein politischer Kampfbegriff?

Gerade beim Populismusbegriff, der vor allem in den Medien, ebenso in der Wissenschaft, negativ konnotiert und zudem ein Schlagwort der politischen Alltagspolemik ist, steht die Frage nach dem eigentlichen Bedeutungsinhalt und der Substanz im Raum. Der Populismus wirkt wie ein Chamäleon, das je nach Bedarf die Farben seiner Umgebung annimmt. Die Populismus-Kritik wiederum kann selbst populistisch sein, ein verführerischer Ersatz für rationale Argumente. Eine historisch vorgenommene Begriffsbestimmung mit Rückgriff auf Erscheinungen wie die US-amerikanische *People's Party* oder die russischen *Narodniki* wirkt dabei wenig zielführend. Wer den Populismus darüber hinaus als globale Erscheinung begreift oder einen osteuropäischen Populismus, der sich in einem wenig festgefügtten Parteiensystem wiederfindet, einbezieht, neigt zu begrifflicher Unschärfe und einem inflationären Gebrauch.

Der Populismusbegriff besitzt unterschiedliche Facetten. Er ist der Alltagssprache entnommen, eine wissenschaftliche Definition von Populismus scheint daher notwendig. In die Irre leitet ein verbreiteter Sprachgebrauch, der Populismus mit dem Streben nach Popularität, mit Demagogie, mit opportunistischem Programmdesign verwechselt. Diese sind wesentliche Elemente eines demokratischen Meinungs-

streits. Kein Politiker, keine Partei kann auf sie verzichten.¹² Es fehlt ihnen die genuin populistische Kritik an der „politischen Klasse“, das anti-elitäre Topos.

Der lateinische Wortstamm *populus* bedeutet *Volk, Bevölkerung*; die latinisierte griechische Endung -ismus zeigt eine *Generalisierung* an, und zwar im Sinne einer ständigen und intensiven Beschäftigung. Populismus per se ist ein ungenauer, schillerner und nebulöser Begriff, bei dem jeder, gleich ob Politiker oder Medienkonsument, irgendwie zu wissen glaubt, was gemeint ist. Das jeweils Gemeinte und Assoziierte bleibt diffus, sogar widersprüchlich, ist offenbar nur schwer auf den Punkt zu bringen – insofern versucht diese Arbeit, einen inflationär gebrauchten politischen Begriff inhaltlich zu klären. Populismus zeichnet sich gerade durch seine Inkonsistenz aus. Das ist gleichsam sein Markenzeichen. Daher scheint eine präzise Definition – wie der Soziologe Guy Hermet in seinem Buch *Les populismes dans le monde* betont¹³ – nur schwer möglich zu sein.

Oftmals dient Populismus im politischen Diskurs als Schimpfwort und meint den Vorwurf, der andere oder die andere Partei betreibe keine sachliche Politik, sondern mediale Schaumschlägerei mit billigen, nicht einzulösenden Versprechungen oder mit eitler Selbstdarstellung. Auf diese Weise umschrieben, hat er den Geschmack der Geschmacklosigkeit. Populismus ist vor allem von jenen, denen diese Gabe fehlt, zu etwas an sich Ungehörigem gemacht worden. Der Populismus-Rüffel kann daher selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für sachliche Argumente.¹⁴

Wer als „Populist“ bezeichnet wird, gleich von welcher Partei, gilt im positiven Sinne als jemand, der die Probleme der „kleinen Leute“ versteht, sie artikuliert und direkt mit dem Volk kommuniziert, im negativen Sinn als einer, der dem Volk nach dem Mund redet und dem Druck der Straße nachgibt. Der Populismus-Begriff bleibt vage und schwammig.¹⁵ Populismus ist keine Camouflage, wirkt aber wie ein Chamäleon, das je nach Bedarf die Farben seiner Umgebung annimmt.

12 Vgl. dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Juli 2002, S. 1.

13 Vgl. Hermet, Guy: *Les populismes dans le monde*, Paris 2001, S. 19f.

14 Vgl. Dahrendorf, Ralf: Acht Anmerkungen zum Populismus, in: *Transit. Europäische Revue*, (2003) 25, S. 156.

15 Vgl. Canovan, Margaret: *Populism*, London 1981, S. 301.

Die populistischen (Anti-)Themen resultieren aus Stimmungen, Werthaltungen und Ressentiments, die in der Bevölkerung verbreitet sind. Der Populismus basiert auf der Entpolitisierung breiter Schichten, die sich durch die vom Populismus betriebenen Komplexitätsreduktionen verstanden fühlen. Seine Schlachtrufe und Topoi müssen, um Erfolg zu haben, flexibel diejenigen Forderungen aus breiten Kreisen der Bevölkerung aufgreifen, welche die „etablierten“ Kräfte vernachlässigen. Der populistische Diskurs findet dann auf emotionaler, nicht auf rationaler Basis statt. Daher bleiben viele Autoren vage, wenn es darum geht, was der Populismus inhaltlich will: Eine thematische Debatte findet nicht statt.

Der zeitgenössische Populismus wittert Verrat, Täuschung oder Lüge. Er stellt als „Kult des kleinen Mannes“ keine Beweise, sondern Behauptungen in den Raum und verkauft diese als Wahrheit. Es kommt häufig zum Phänomen, politische Sachverhalte auf ein leicht nachvollziehbares Erlebnis zu übertragen. Dieser Mechanismus bringt den Betrachter in die Privatsphäre des Alltags, wo das Aussprechen einer Phrase eine Diskussion beendet oder ein komplexes Problem löst. Übertragen auf die Politik bedeutet ein solches „Argumentationsmuster“ die starke Vereinfachung komplexer Situationen. Der gordische Knoten moderner Politik wird mit dem Schwert holzschnittartiger Lösungsvorschläge und besserwisserischer Patentrezepte zerschlagen. Die von Populisten verbreiteten Binsenweisheiten erlauben ohne weiteres eine Entscheidung und eine Ablehnung des „Bestehenden“. Alles ist „natürlich“, und so sollte das öffentliche wie private Leben ausgerichtet sein. Angus Stewart spricht von der „Janusköpfigkeit des Populismus“¹⁶; der Populismus knüpft am „Alltagsverständnis“, an den Volkstraditionen an und mobilisiert dadurch versteckte Wünsche und verdrängte Widersprüche. Die gesellschaftlichen Konflikte stellt er undifferenziert dar, unterlegt mit dem Charme, schlichte und schnelle Lösungsansätze bei der Hand zu haben. Die moralischen Kategorien des Populismus eignen sich nicht für Nuancen – es gibt nur Schwarz oder Weiß.

Populismus simuliert eine intuitive Erfassung eines – angeblich – homogenen „Volkswillens“. Wer eine im „Volk“ weit verbreitete Meinung artikuliert, beispielsweise die Kastration von Sexualstraftätern oder die Bekämpfung des Faschismus fordert,

16 Vgl. Stewart, Angus: The Social Roots, in: Ionesco, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.): Populism. Its Meanings and Characteristics, London 1969, S. 186.

ist dennoch nicht automatisch Populist. Die zentrale Forderung des Populismus lautet: Politik soll aus der Dimension undurchsichtiger Institutionen und Funktionsweisen in einer Art Fiktion auf die Ebene des Alltagsverständes transportiert werden. Der Populismus behauptet, für eine Politik mit Herz zu bürgen. Nach eigener Einschätzung lebt der „moderne“ Populismus in seiner parteipolitischen Ausformung von der Auffassung, die „Belange des kleinen Mannes“ würden eher bei ihm als bei den etablierten (Volks-)Parteien artikuliert, zumal jene Politik als professionelles Geschäft und mit Blickrichtung auf Wahltermine und Prozentpunkte als Vermarktungsstrategie verstünden.

Das Establishment bildet den Hauptadressaten des populistischen Protests. Der Populismus macht ihm Machtbesessenheit und Korruptiertheit sowie die Komplizenschaft mit jenen Kräften zum Vorwurf, die den Interessen des Volks entgegen handeln. Der Populismus zeigt offen seinen Argwohn gegen „die da oben“, gegen die politische und gesellschaftliche Elite. Er wirft einen kritischen Blick auf die staatlichen Institutionen und den Staat als solchen („Zentralismus“), richtet sich gegen Bürokratie (Dirigismus), Finanzherrschaft (Monopolisierung) und Cliquenwirtschaft (Klientelismus).

Pierre-André Taguieff unternimmt in einer Konzeption des „Nationalpopulismus“, mit Blick auf Le Pens Front National, den Versuch der Operationalisierung. Sein Interesse liegt in der Suche nach einem Interpretationsschlüssel für den Erfolg von populistischen Formationen. Taguieff setzt den Schwerpunkt auf die Rhetorik. Populismus umfasse eine „protestierende“ Dimension, die den Fokus auf eine Spaltung zwischen den „guten Leuten“ und den „schlechten Eliten“ legt. In dieser Annahme ähnelt Populismus einem „Stil“, einem Denunzierungsdiskurs, der eine Entfernung zwischen „Volk“ und Eliten, insbesondere Politikern, brandmarkt.¹⁷ Susanne Falkenberg bezieht den Populismus auf beinahe sämtliche politische Weltanschauungen: „Populismus ist reaktionär, revolutionär oder auf den Status quo bezogen und demokratisch oder antidemokratisch orientiert. Er ist instrumenteller Bestandteil von (oder bestimmend im) Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus. Auch nähere oder fernere mit

¹⁷ Vgl. Taguieff, Pierre-André: Populisme, nationalisme, national-populisme. Reflexions critiques sur les approches, les usages et les modèles, in: Delannoï, Gil/Taguieff, Pierre-André (Hg.): Nationalismes en perspectives, Paris 2001, S. 330.

diesen Ismen verwandte Politikformen wie Nationalismus, Trotzismus, Radikaldemokratie wurden bereits als populistisch klassifiziert.¹⁸ Populismus dient bei einer derart großzügigen Auslegung zur Beschreibung für einen „politischen Modus“ ohne eine eigene inhaltliche Qualität. Es ließe sich nach Meinung mancher Autoren viel Ballast in der Populismuskonversation abwerfen, „wenn dem Begriff keine politische Ideologie bzw. Programmatik unterlegt wird, er vielmehr zur Kennzeichnung einer bestimmten *Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform*, das heißt eines bestimmten Politikstils, dient.“¹⁹ Das hätte aber eine Beliebigkeit des Begriffs zur Folge. Es kommt schlichtweg zur Negation eines entscheidenden Merkmals, würden Politikstile von etablierten Parteien und ihren Repräsentanten als populistisch bezeichnet, deren Appelle nicht gegen das etablierte politische System insgesamt, sondern gegen parteipolitische Konkurrenz innerhalb dieses Kontextes zielen.

Einige Autoren hingegen stufen Populismus als Ideologie ein. Allerdings mangle es ihm im Gegensatz zu anderen Ideologien, implizit oder explizit getragen von Vorstellungen wie Gleichheit, Freiheit oder soziale Gerechtigkeit, an zentralen Werten. Mit Populismus seien „weniger konkrete Inhalte gemeint, die sich in ein Schema ‚Ich bin für/gegen eine konkrete Forderung‘ einfügen. Populismus funktioniert vielmehr wie eine ‚Ideologie ohne Weltanschauung‘, das heißt er aktiviert eine recht starre ideologische Form mit sehr variablen Inhalten.“²⁰ Gemeint ist damit wohl eine „Anti-Status quo-Ideologie“. Das erklärt, weshalb der Populismus leicht zum Anhängsel anderer Ideologien mutiert und einem weiten Spektrum von politischen Positionen zugeordnet werden kann. Er bezieht sich auf einen klar umrissenen Kontext, hantiert innerhalb dessen mit Symbolen, Mythen und Erzählungen.²¹ Friedhelm Löwenich definiert Populismus als ideologische Ausprägung mit einem autoritären Charakter: „Populismus ist [...] der Versuch, durch Ideologie die real existierende Kluft zwischen dem Volk und der Macht, zwischen der Herrschaft und den Beherrschten imaginär zu überbrücken. [...] Der ideologische Trick des Populismus besteht darin, sich als demokratisch, volksnah und volkstümlich hinzustellen und dadurch alles, was differenzierter

18 Falkenberg, Susanne: Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich, Duisburg 1997, S. 26.

19 Raschke, Joachim/Tils, Ralf: CSU des Nordens. Profil und bundespolitische Perspektiven der Schill-Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 47 (2002), S. 52 (Hervorhebung im Original).

20 Reinfeld, Sebastian: Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, Wien 2000, S. 3.

21 Das trifft in starker Form auf den lateinamerikanischen Populismus zu.

ist als die angebliche ‚Volksmeinung‘, also vor allem die intellektuelle Kritik, als elitär, und das heißt undemokratisch, volksfeindlich erscheinen zu lassen.“²² Jedenfalls ist es müßig, darüber zu spekulieren, ob der Populismus Ideologiegehalt hat oder nicht. Gewiss enthält er in beiden Fällen ein irrationales, demagogisches Element.

Nach eigener Sichtweise lassen sich in einer Art Gesamtschau die unterschiedlichsten Definitionen eines modernen Populismus aufzeigen. Die Bezeichnungen sind teils kompatibel, teils inkompatibel, teils überschneiden sie sich, teils handelt es sich um Ober-, teils um Unterbegriffe:

Übersicht 1: Vorherrschende Definitionsversuche

- Regierungsstil („Pragmatismus“);
- Volksnähe („originärer Bedeutungsinhalt“; bereits durch die wörtliche Bedeutung);
- Protestventil;
- stimmungsaufgeladene, affektive Mobilisierungsstrategie (inhaltlich willkürlich);
- Strukturmuster der zeitgenössischen Parteiendemokratie in Westeuropa;
- Kommunikationsmittel und Dialogtechnik;
- Produkt der Mediendemokratie („Slogans“);
- Generator von spektakulären Inhalten (mit ideologischer Qualität).

Populismus konstituiert sich durch Negativabgrenzung vom jeweils typischen politischen und gesellschaftlichen Establishment. Zunächst ist Populismus Methode und Stil. Populismus als Protest gegen „die-da-oben“, gegen die Herrschenden, verbindet und vermengt sich aber als eine Art „Anti-Ismus“ mit konkreten Inhalten: Antikapitalismus, Antiamerikanismus, Antiglobalisierung oder Antifaschismus. Populismus, der ein *a priori* festsitzendes Korsett des „Volkswillens“ vorgaukelt, heißt nicht Pragmatik des Augenblicks, inhaltliche Gleichgültig- und Beliebigkeit. Er zeigt sein Gesicht in bestimmten Rechts- und Linkskonstellationen.

22 Lövenich, Friedhelm: Überlegungen zum Populismus, in: Politische Vierteljahresschrift, 30 (1989), S. 25f.

Der Verfasser definiert Populismus folgendermaßen: Populismus, der in den Varianten des Rechts- und Linkspopulismus seit Ende der 1960er Jahre im westeuropäischen Kontext auftaucht, bezeichnet Parteien und Bewegungen, die sich – medienkompatibel, polarisierend und (angeblich) moralisch hochstehend – mittels einer charismatischen Führungsfigur als *die* gegen Establishment und etablierte Parteien gerichtete *Stimme des homogen verstandenen „Volkes“* ausgeben und spezifische Protestthemen mobilisieren.

Meine Betrachtung des Populismus ergibt folgendes Bild:

Übersicht 2: Vier Dimensionen des Populismus

- „*technische Dimension* des Populismus“: Populismus als vereinfachender Politikstil, der mit bilderreicher Sprache eine direkte Verbindung zum „Volk“, den einfachen Leuten konstruiert sowie agitatorisch, mit spontanem Eklat in einer gegen das Establishment (gegen die Elite) gerichteten Haltung auftritt. Eine notorische Beschwerdeführung mit einem Gestus der chronischen Entrüstung zeichnet ihn aus.
- „*inhaltliche Dimension* des Populismus“: Populismus, der nicht nur opportunistisch ausgerichtet ist, sondern als eine Art „Bewegungstypus“ Anti-Positionen einnimmt und sich auf bestimmte, mobilisierungsfähige (Protest-)Themen (z.B. Anti-amerikanismus, soziale Demagogie) fixiert. Maßgebliche Anknüpfungspunkte sind reale oder imaginäre Missstände, Krisenerscheinungen objektiver oder subjektiver Natur.
- „*personelle Dimension* des Populismus“: Populismus, dessen Belange von einer zentralen Figur mit Ausstrahlung vertreten werden.
- „*mediale Dimension* des Populismus“: Populismus, der mit Blick auf Schlagzeilen positiver oder negativer Natur die Massenmedien nutzt, eine Art Symbiose mit ihnen eingeht.

Das populistische Phänomen hantiert vorzugsweise mit abwehrenden, antagonistischen Begriffen, dem Gestus der chronischen Entrüstung. Nach dem methodischen Neuansatz dieser Studie existieren klare Anhaltspunkte für die Etikettierung einer populistischen Partei: Populistische Parteien bedienen Anti-Parteien-Affekte, stehen

in Gegnerschaft zum Establishment, neigen zu medienwirksamen Tabubrüchen, verfügen über eine zentrale Leitfigur, zielen mit einer identitätsstiftenden Wir-Gruppe auf klare Feindbilder, preisen die direkte Verbindung zwischen „Volk“ und Regierenden und stellen ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihrer Agitation. Die von den „großen“ Volksparteien ausgehende Interessenvertretung, die parlamentarische Repräsentation erscheint populistischen Formationen als defizitär. Offenbar profitieren Letztgenannte unmittelbar davon, dass die etablierten, in der Verantwortung stehenden Parteien Problembereiche ausklammern oder vernachlässigen.

In rigider Abgrenzung zu den „etablierten“ Parteien wollen populistische Newcomer den Nimbus einer dynamischen (Protest-)Bewegung verkörpern. In der Oppositionsrolle ist das Konzept erfolgsträchtig, in der Regierungsverantwortung, zumal als Juniorpartner, gelingt dieser Spagat nur mühsam. Sowohl rechts- als auch linkspopulistische Parteien verfügen in der Regel über eine charismatische Führungsfigur, welche die Linie der autoritär geführten Parteien vorgibt. Das „Volk“ gilt in ihren Augen als politisch reif und nimmt die Probleme des jeweiligen Landes verschärft wahr, und die führenden Politiker irren, wenn sie diese Mündigkeit nicht berücksichtigen. Wie wohl die Nutzung der Massenmedien für sich allein den Erfolg der Populisten nicht zu erklären vermag, geht der Populismus eine besondere Beziehung mit den Massenmedien ein: Die Medien reduzieren die Unübersichtlichkeit politischer Vorgänge; der Populist bietet medienwirksam vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme.

3. Themen des Rechtspopulismus²³

3.1. Anti-Immigrationspartei

Die Immigrationsfrage hat in Westeuropa mittlerweile den Status eines immens wichtigen „issue“: Die rechtspopulistischen Parteien und deren Repräsentanten schlagen aus einer „Das Boot ist voll“-Kampagne Kapital. Wie aus Umfragen hervorgeht, sind ungefähr zwei Drittel der Bürger der Europäischen Union seit längerem der Ansicht, die Obergrenze der Aufnahmefähigkeit von Migranten sei erreicht. Mit derartigen Einstellungen wird nicht nur ein „Nein“ zu Asylbewerbern oder Arbeitsimmigranten ausgedrückt, sondern ein tief liegendes Gefühl der Unsicherheit und des Unbehagens in Worte gefasst. Viel zu lange, erkennen Experten heute, hätten politisch Verantwortliche und soziale Einrichtungen die Einwanderer in Watte gepackt. Politik und Verantwortliche pflegten lange ein romantisches, nicht der Wirklichkeit entsprechendes Bild.²⁴

In Zeiten eines raschen Strukturwandels, von leeren öffentlichen Kassen und bei hoher Arbeitslosigkeit fällt es leicht, die in Europa geführte Zuwanderungsdiskussion zu instrumentalisieren. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen finden populistische Argumente gegen Zuwanderung überall in Europa einen aufnahmebereiten Nährboden, die fundamentale Probleme überbordender Sozialstaatlichkeit in simplifizierten Gleichungen als Migrationsprobleme deuten. Europa gilt gleichsam als „Insel der Glückseligkeit“, die sich, um diese zu erhalten, vor illegalen Aufenthalten und Beschäftigungen schützen muss.

Ein Teil der rechtspopulistischen Parteien warnt vor einer ausufernden Ausländerkriminalität, die restriktive bis radikale Gegenstrategien heraufbeschwöre. Immigranten werden deswegen stigmatisiert und mit populistischen Stammtisch-Vorurteilen versehen. Das lokale und regionale, ethnische und nationale Zusammengehörigkeitsgefühl firmiert als ein Bündel, das Fremden mit Verdächtigungen, Ablehnung

²³ Vgl. Hartleb, Florian: Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004.

²⁴ Vgl. zu diesem Absatz Die Zeit vom 11. Juli 2002, S. 3.

und Ausgrenzung gegenübertritt. Die rechtspopulistischen Parteien wandern oftmals auf einem schmalen Grat, sind deswegen leicht dem Vorwurf ausgesetzt, im Graubereich zwischen Demokratie und Extremismus, besonders innerhalb des Immigrationsthemas, zu fungieren. Sie agieren nach dieser Diktion „auf der Grundlage eines xenophoben und hyperpatriotischen Antimodernismus“²⁵. Xenophobie meint die Furcht vor *den* Fremden; sie umfasst zusätzlich *das* Fremde, empfunden als Bedrohung für die eigene Lebensweise und Wertebasis. Oft zielt die Xenophobie direkt gegen eigene Landsleute – wie zum Beispiel gegen die französischsprachigen Wallonen im flämischsprachigen Flandern (Belgien) oder gegen die Südtaliener im reicheren Norden von Italien.

Eine multikulturelle Gesellschaft ist Albtraum und Schreckgespenst; sie sei – angeblich – wenig solidarisch, grausam und wertearm. Es findet eine Verflechtung des Begriffes „multikulturelle Gesellschaft“ mit Fragen nach Europa oder Einwanderung in einer konditionalen Verbindung statt, die zu pauschalen Argumentationsmustern führt. Europäische Einigung und die negativ besetzte multikulturelle Gesellschaft sind demnach zwei Seiten derselben Medaille. Das Beispiel der fortgeschrittenen multikulturellen Gesellschaften in der Welt zeige, dass ein gefährliches Auseinanderdriften der Gesellschaft bevorstehe, an dessen Ende Ghettoisierung und bürgerkriegsähnliche Zustände stünden. Gemäß einer rechtspopulistischen Verschwörungstheorie hat sich ein vom Rest der Bevölkerung abgehobenes Establishment aus Politik und Medien herausgebildet; dieses würde seine Partikularinteressen bzw. die Interessen der mit ihnen verbundenen Lobbyisten, wie zum Beispiel Multikulturalismus oder eine liberale Einwanderungspolitik, konsequent durchsetzen.²⁶

Rechtspopulistische Parteien können unabhängig von der real existierenden Einwanderungspolitik des jeweiligen Landes reüssieren: „So haben zwar einige Länder mit starken rechtspopulistischen Parteien einen relativ hohen Ausländeranteil, wie Belgien, Österreich und die Schweiz, andere, wie Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen und Portugal, hingegen nicht. [...] Es könnte nun noch vermutet werden,

25 Altermatt, Urs: Ausbruchversuche aus dem Korsett der Konkordanz. Essay zur Schweizer Politik am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Altermatt, Urs (Hg.): Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik 1965-1990, Basel und Frankfurt/M. 1994, S. 12.

26 Vgl. zu diesem Absatz Betz, Hans-Georg: Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10 (1998), S. 6.

dass in Ländern mit großen Wahlerfolgen der Rechtspopulisten und niedrigem Ausländeranteil die mit der Einwanderung verbundenen Probleme besonders gravierend sind. Dies scheint aber auch nicht zuzutreffen: Für Frankreich mit den nun schon seit Jahrzehnten bestehenden Integrationsproblemen in den Ghettos der Vorstädte mag das zwar gelten, aber nicht für Dänemark und Norwegen.²⁷

Die wenig integrierten Muslime haben im heutigen Europa unter Diskriminierungen und Vorurteilen zu leiden. Einige rechtspopulistische Formationen sehen die europäische Kultur bedroht, warnen vor der Islamisierung Europas und der Gefährdung der nationalen Identität. Die Präsenz des Islam und dessen öffentliche Darstellung – der Bau von Moscheen, traditionelle Kleidung und Ähnliches – ist ihnen ein Dorn im Auge: Der Islam firmiert als globale Bedrohung. Die Dänische Volkspartei (DVP) um die Parteivorsitzende Pia Kjærsgaard setzte im nationalen Wahlkampf vom November 2001 auf eine Polemik gegen den Islam: Der Islam wurde mit aggressivem Fundamentalismus gleichgesetzt und für rückständig, intolerant und unvereinbar mit den Grundwerten der westlichen Demokratie erklärt. Bezugnehmend auf die Rolle der Frau im Islam behauptete die Partei, der Islam propagiere mittelalterliche Praktiken, die von zeitgemäßen Gesellschaftsvorstellungen meilenweit entfernt seien. Dänemark sei durch christliche Grundwerte wie Toleranz und Respekt geprägt, welche dem Islam völlig entgegenstünden. Die islamische Lebensweise sei daher mit der dänischen christlichen Mentalität unvereinbar. Nach dem Wahlkampf hatte die Propaganda weiterhin Bestand. Kurz vor der Präsentation eines Regierungsvorschlages für eine Verschärfung des Ausländerrechts im Januar 2002 kam es zu einer Steigerung: Die Partei ließ in den großen dänischen Tageszeitungen Anzeigen mit einem ganzseitigen Abbild Osama bin Ladens schalten und stellte eine rhetorische Frage bezogen auf das bisherige Asylrecht, das die DVP wegen der fundamentalistischen Gefahr als zu lax empfand: Kann dieser Mann in Dänemark Asyl bekommen?²⁸

27 Angenendt, Steffen: Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich, in: Internationale Politik, 58 (2003) 4, S. 11.

28 Vgl. dazu Schlüter-Knauer, Carsten: Die Bedeutung des Rechtsrucks in Dänemark, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, 49 (2002), S. 152.

3.2. Law-and-Order-Partei

„Law-and-Order“ als „virulentes allgemeines soziales Thema [...] [leistet] wirksame Dienste [...], um unter der schweigenden Mehrheit einen Sinn zu verbreiten von der Not des ‚einfachen Volkes‘, sich für die Verteidigung der sozialen Ordnung zu erheben.“²⁹ Die rechtspopulistischen Parteien fordern eine intensivere Verbrechensbekämpfung. Den Ängsten vor einer – angeblich – rapide auswuchernden Kriminalität setzen sie einen Staat mit starker Polizei entgegen. Dieser müsse mit aller Entschiedenheit gegen die sich – angeblich – erschreckend ausweitende Kriminalität vorgehen. Deshalb ist die Polizei personell nachhaltig auszurüsten, besser auszubilden und zu bezahlen. Ihre rechtlichen Befugnisse seien auszudehnen (z.B. V-Mann-Einsatz oder akustische, optische und elektronische Überwachung) und Strafverfahren zu beschleunigen.

Rechtspopulistische Parteien wollen als Bewahrer und Retter der nationalen Identität und einer kulturell homogenen Gemeinschaft gelten. Sie schüren Ressentiments, basierend auf realen gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber Fremden, in typischen Fragen des Schutzes der Bevölkerung, wie *Law and Order* oder im Politikfeld „Innere Sicherheit“. Das Thema Verbrechen tangiert die unmittelbaren Erfahrungen, vermeintliche Gerechtigkeitsgefühle sowie die Ängste und Unsicherheiten insbesondere der einfachen Leute. Es regt sich der Ruf nach Disziplin „von unten“, der fließend in den Ruf nach einer Autorität „von oben“ übergeht. Parteien und Politiker jeder Couleur greifen permanent zu Forderungen nach einer Verschärfung des Strafrechts – vor allem im Zusammenhang mit Straftaten wie Sexual- und Tötungsdelikten, welche die Öffentlichkeit in hohem Maße berühren. Es kommt zu einem Bedürfnis nach Wiederherstellung der Ordnung, die Basis einer von rechtspopulistischen Parteien geführten Law-and-Order-Kampagne. Diese werben damit, die Folgen liberaler „Permissivität“ im Bereich der Verbrechensbekämpfung zu beseitigen.

²⁹ Hall, Stuart: Populär-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M. 1986, S. 101.

3.3. Anti-EU-Partei

Der Rechtspopulismus bekundet seine Skepsis gegenüber einem zusammenwachsenden Europa. Rechtspopulistische Parteien bedienen die in der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von EU bzw. EG regiert werde. Die Europäische Union (EU) – zuvor die Europäische Gemeinschaft (EG) – beäugen sie gemäß dem Slogan „Europa ja – EU nein!“ misstrauisch. Von den rechtspopulistischen Parteien gehen keine positiven Visionen oder Impulse für ein geeintes Europa aus, ganz im Gegenteil. Rechtspopulisten propagieren einen massiven Einschnitt in nationale Souveränität und Identität durch die Brüsseler Institutionen, denen es offensichtlich an Bürgernähe und demokratischer Legitimation fehle. Missstände im derzeitigen Institutionengefüge bieten den idealen Anknüpfungspunkt.

Der populistische Feldzug hat das repressive Klima der elitären Europa-Front im Auge. In der Politik der zentralisierenden Eurobürokratie drohe an allen Ecken und Enden Gefahr. Einzelfälle mutieren zu Ergebnissen einer übersteuerten und dirigistischen Bürokratie: „Der populistische Diskurs ist wie ein Brennglas, das die Strahlen des Bösen in Brüssel bündelt“³⁰. Die Schattenseiten des Brüsseler Bündnisses – der Zentralismus und die „Regelungswut der Eurokraten“ – bilden in der Argumentation der Rechtspopulisten einen Gegensatz zu dem, was sie selber verkörpern wollen: „Volksnähe“ und schnelles, unbürokratisches Reagieren auf die Bedürfnisse der eigenen nationalen Bevölkerung. Dazu weisen sie auf ein Dilemma der europäischen Integrationsbewegung hin: Der in Abstimmungen und Wahlen geäußerte Wille eines europäischen Staatsvolkes fristet ein Schattendasein. Der Pferdefuß besteht darin, dass die Europäische Union ihre Legitimität primär aus Verträgen der Staatsregierungen und erst nachrangig aus Beschlüssen des Europäischen Parlaments als Vertretung des Volkes bezieht.

Urs Altermatt umreißt die komplexe Problemlage: „Wahleuropa [die Europäische Union] braucht als Grundlage eine Wertegemeinschaft, die eine europäische kollektive Identität vermittelt. Was Europa fehlt, ist eine politische Öffentlichkeit [...]. Die öf-

30 Vgl. Ross, Andreas: Fürs Volk. Le Pen und Haider als europäische Vorreiter, in: Cippitelli, Claudia/Schwanebeck, Axel (Hg.): Die neuen Verführer? Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Medien, München 2004, S. 64.

fentliche Meinung wirkt in Europa immer noch nach nationalstaatlichen Gesetzen, was sich als verheerend erweist, wenn gesamteuropäische Fragen zur Diskussion stehen. Selbst die Wahlkämpfe für das Europäische Parlament weisen kaum einen europäischen Bezug auf. Dieses Defizit hängt nicht nur mit der nationalstaatlichen Gliederung, sondern auch mit der kulturellen und sprachlichen Vielfalt des Kontinents zusammen, die beide die Herausbildung eines europäischen Bewusstseins erschweren.³¹ Gerade die identitätsstiftende Funktion der EU mit der Vermittlung eines „Wir-Gefühls“ bleibt ein Desiderat – für populistische Zwecke blendend nutzbar.

Ein fundamentales Charakteristikum des Rechtspopulismus war die – vergebliche – Ablehnung der einheitlichen europäischen Währung, der „Kampf gegen den Euro“. Nach Beschlüssen der Europäischen Union wurde das Zahlungsmittel zum 1. Januar 1999 im Bankverkehr eingeführt. Am 31. Dezember 2001 endete die Existenz der europäischen Noten, der Euro ersetzte dann auch als Bargeld die bisherigen Währungen. Ein Motiv für den Anti-Euro-Kurs lag in der Befürchtung, dass mit Einführung des Euros die eigene Staatswährung und damit ein wichtiges nationales Symbol und ein wesentlicher Bestandteil der Souveränität und Identität verloren ginge. Dazu sahen die Euro-Gegner die Grundrechte der europäischen Bürger verletzt, da sich das „Volk“ nicht in freier Abstimmung für die neue Währung entschieden habe.

Im rechtspopulistischen Themenkanon kommt außerdem der mit hohen politischen Risiken verbundenen EU-Osterweiterung eine stetig steigende Bedeutung zu. Sie wird Anpassungen erzwingen, die Europas Sozialstaaten im Kern erschüttern könnten. Die damit verbundene Angst der einheimischen Bevölkerung vor der Konkurrenz von billigen Arbeitskräften bietet mannigfaltige Möglichkeiten für Agitation. Eine derartige Kampagne im Verbund der europäischen Rechtspopulisten wäre ein Albtraum für die EU-Regierenden. Die Europäische Union wird noch größere Mühe als bisher haben, sich als effizienter Wohlstandsmehrer und Friedensbringer darzustellen, von demokratischer Legitimation ganz zu schweigen. Die Unübersichtlichkeit nach der Erweiterung entfaltet die Unruhe, auf der die Populisten ihre Stimmungspolitik aufbauen wollen. Die direkt spürbaren Vorteile seien eher gering, unken Skeptiker. So bezog auch die niederländische Liste Pim Fortuyn (LPF) in ihrer nur 87 Tage wäh-

31 Altermatt, Urs: Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa, Zürich u.a. 1996, S. 231.

renden Regierungsbeteiligung deutlich Position. Die Partei forderte die Verhinderung der EU-Osterweiterung. Pim Fortuyn selbst sprach bereits davon, Europa sei auf dem Weg zu einem „Superstaat ohne Demokratie und Seele“. Sein Argwohn gegen Bürokratie jedweder Art fand in der an die Adresse der EU gerichteten Fundamental- kritik ihren Höhepunkt.³²

Generell gibt es eine Distanz gegenüber der europäischen Integration, da diese zu einer politischen Denationalisierung führe. Im Unterschied zu rechtsextremen, nicht-populistischen Positionen lehnen Rechtspopulisten den europäischen Einigungsprozess jedoch nicht ab. Vorrangig kritisieren sie das „Wie“, nicht das „Ob“. Das EU-Thema lässt sich in verschiedenen Variationen transparent machen. Manche rechtspopulistische Parteien verhalten sich gegenüber der EU ambivalent, insbesondere in Immigrationsfragen. Exemplarisch dafür steht die norwegische Fortschrittspartei (FrP) um Carl Ivar Hagen: „Gegenwärtig präsentiert Hagen sich nicht direkt als EU-Gegner, aber doch als EU-Skeptiker. [...] Die FrP findet durchaus attraktive Elemente bei der EU: Die EU-Gegnerschaft ist zwar einerseits in der Furcht vor Einwanderung, also Xenophobie, begründet, was sich mit der Osterweiterung nur verstärken dürfte, andererseits macht die Einwanderungspolitik der EU, die von den meisten *anderen* EU-Gegnern kritisiert wird, die EU wiederum für die FrP attraktiv. So unterstützte die FrP als einzige norwegische Partei den EU-Handlungsplan für eine gemeinsame Einwanderungspolitik, weil sich so verhindern ließe, dass Norwegen ein ‚Freistaat‘ für Asylbewerber innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) würde.“³³

Anders gelagert ist der Sonderfall Schweiz. Ohne Wenn und Aber will dort Christoph Blocher die Aufnahme in die EU sowie jegliche Form einer Annäherung verhindern. Zusätzlich zu den historisch begründeten Neutralitätspolitischen Prämissen der Schweiz sieht er die Volkssouveränität in den Kantonen und Gemeinden gefährdet. Streng marktwirtschaftlich orientiert, polemisiert der Schweizer Senkrechtharter daneben gegen einen europäischen Interventionismus und Dirigismus. Die seiner Meinung nach alles egalisierende EU hält er für eine intellektuelle Fehlkonstruktion,

32 Vgl. dazu Fortuyn, Pim: Zielloos Europa. Tegen een Europa van technocraten, bureaucratie, subsidies en onvermijdelijke fraude, Utrecht 1997.

33 Lorenz, Einhart: Rechtspopulismus in Norwegen: Carl Ivar Hagen und die Fortschrittspartei, in: Werz, Nikolaus (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003, S. 201 (Hervorhebung im Original).

deren ökonomischer Unsinn in der gemeinsamen Währung gipfele. Einen großen persönlichen Erfolg konnte Blocher im Dezember 1992 mit dem Referendum über die Mitgliedschaft der Schweiz im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) für sich verbuchen. Er rebellierte als „Anti-EU-Agitor“ gegen die einhelligen Empfehlungen von Parlament, Regierung und weiter Teile der Medien und setzte eine – wenn auch nur knappe Ablehnung – mehrheitlich durch. Die Nichtbeteiligung an internationalen Institutionen wie der EU gibt er als Wertesicherung dessen vor, was die Schweiz über Jahrhunderte stark gemacht habe: Neutralität und direkte Demokratie. Blochers Partei, die SVP, trägt entscheidend zum Anhalten des Isolationskurses der Schweiz bei.³⁴

Die etablierten politischen Kräfte begünstigen in einzelnen Fällen den Erfolg populistischer Argumentationsmuster. Die euroskeptischen bis -feindlichen Stimmungen greifen markige Politiker gerne auf. EU-Kritik ist heutzutage nicht tabuisiert, in Ansätzen sogar salonfähig. Dadurch, dass Politiker die Debatten der Europapolitik um Binnenmarkt, Stabilitätskriterien usw. auf einem hohen technokratischen Niveau führen, fällt es leicht, Europa glaubhaft als elitäres Projekt auszumachen. Das gängige Vorurteil gegen die vermeintlich unverhältnismäßige EU-Bürokratie bleibt unwidersprochen, auch wenn die Politiker wissen, dass die bürokratische Durchdringung bei den einzelnen Mitgliedstaaten keineswegs geringer ausfällt. Bei der Verteidigung des europäischen Projekts greifen sie gerne zu Leerformeln und verlieren sich in Details. Für die Regierenden besteht der besondere Reiz beispielsweise des europäischen Stabilitätspaktes in seinem rhetorischen Nutzwert, nach dem Motto: Die rigorosen Sparzwänge sind uns von „Maastricht“ auferlegt, wir können nichts dafür. Rechtspopulistische Parteien haben hier leichtes Spiel: Sie müssen nur einen Schritt weitergehen und vor allem simple Lösungen anbieten.³⁵

34 Vgl. zu diesem Absatz Hennecke, Hans Jörg: Das Salz in den Wunden der Konkordanz: Christoph Blocher und die Schweizer Politik, in: Werz, Nikolaus (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003 S. 152-156.

35 Vgl. zu diesem Absatz Ross, Andreas: Vereint gegen Europa. Die Populisten entdecken Europa als neues Lieblingshassobjekt. Auf die Osterweiterung sind sie bestens vorbereitet, in: *Zeitdokument*, (2002) 4, S. 32.

3.4. Sozialpopulismus

Die Anforderungen an das Verhältnis von Staat und Wirtschaft formulieren rechtspopulistische Parteien auf ambivalente Weise: Die Vermeidung von Staatseingriffen in die Wirtschaft, Steuersenkungen, die Reduzierung des Staatsapparates, die Privatisierung staatlicher und kommunaler Aufgaben, ultraliberale Vorstellungen in der Steuer- und Kulturpolitik gehören ebenso zum Repertoire wie der Ruf nach staatlichen Förderungen auf verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen, die Protektion der nationalen Wirtschaft, die Forderung nach Schutzfunktionen des Staates für das Gesundheitswesen sowie die Unterstützung für die „wirklich“ Bedürftigen. An sich unvereinbare Forderungen wie die Stärkung der sozialen Sicherheit vor allem der „kleinen Leute“, die Erhöhung der Ausgaben für Familien oder Polizei und zugleich eine Reduktion der Staatsaufgaben oder die Privatisierung öffentlicher Betriebe werden unter einen Nenner gebracht.

Der Rechtspopulismus akzeptiert grundsätzlich die Prinzipien der Marktwirtschaft. Rechtspopulistische Parteien mischen in ihren Programmen und in ihrer Propaganda die ökonomischen Ziele neoliberaler Deregulierung mit Anti-Globalisierungsressentiments, verbinden Einkommensumverteilung zugunsten höherer Einkommensschichten mit sozialer Demagogie bzw. sozialstaatsprotektionistischen Elementen und sprechen mit diesem höchst widersprüchlichen Ideologiekonglomerat eine breite Wählerschicht an. Die populistische Rechte betreibt in großer Mehrzahl eine Doppelstrategie. Einerseits befürwortet sie eine Deregulierung im Staat, andererseits bezweckt sie, den Staat mittels regulativer Maßnahmen gegenüber anderen Staaten zu schützen. Beispielsweise dient die internationale Konkurrenz von Billiglohnländern als Rechtfertigung des Protektionismus.

So genannte wohlstandschauvinistische Motive des Wählers stehen im Mittelpunkt rechtspopulistischer Formationen. Unter Wohlstandschauvinismus³⁶ versteht man eine Haltung, die darauf zielt, den eigenen Wohlstand zu bewahren und ihn vor der ungerechtfertigten Inanspruchnahme durch Dritte zu schützen. Wohlstandschauvinistische Einstellungen sind besonders in den Staaten vorzufinden, in denen ein ho-

³⁶ Chauvinismus bezeichnet eine extrem patriotische, nationalistische Haltung, die auf einem maßlos übersteigerten Selbstbewusstsein beruht.

hes soziales Versorgungsniveau infolge der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung unter Druck gerät. Die Frage, wann eine Inanspruchnahme gerechtfertigt bzw. ungerechtfertigt ist, bestimmt sich vorrangig nach nationaler Zugehörigkeit. Soziale Leistungen sollen demnach (fast) ausschließlich einheimischen Bedürftigen zukommen.³⁷

Rechtspopulistische Parteien greifen gerne auf ein Sammelsurium neoliberaler Forderungen nach Privatisierung, Deregulierung, einem Abbau der direkten Steuern sowie der öffentlichen Sozialleistungen und Subventionen zurück.³⁸ Die Forderung nach Deregulierung des Staates wirkt als Kontrapunkt zum Staatsinterventionismus und sozialstaatlichen Bürokratismus. Dabei geht es jedoch in erster Linie nicht um die Entfesselung von Marktkräften, sondern darum, durch die Schwächung der staatlichen Interventionsmöglichkeiten die verhasste politische Klasse ihrer Macht- oder Legitimationsbasis zu berauben und sie damit nach dem Motto „weniger Macht für die Funktionäre, mehr Rechte für die Bürger“ entscheidend zu schwächen.

Eigentliches Ziel ist nicht die Ausweitung des freien Marktes, sondern vielmehr die Schwächung des Wohlfahrtsstaates sowie der ihn tragenden gesellschaftlichen Institutionen und Parteien. Ein Blick auf die Wirtschaftsvorstellungen rechtspopulistischer Parteien der Gegenwart macht evident, dass einige von ihnen im Gegensatz zu den klassischen rechtsextremen Parteien tendenziell neoliberale Wirtschaftskonzeptionen vertreten. Dieses Streben nach individueller Leistungsfähigkeit führt zu sozialdemagogischen Postulaten wie zu einem Argwohn gegenüber dem sozialen Netz, das als Hängematte für Leistungsunwillige abqualifiziert wird. Der letztgenannte Aspekt führt dazu, dass rechtspopulistische Parteien mitunter als „Anti-Wohlfahrtsstaats-Parteien“³⁹ firmieren. So schreibt Jörg Haider: „Der Skandal in unserem System ist: Die Faulen, die Nichtsteuer, die Sozialschmarotzer und Tagträumer sind sich der fürsorglichen Hand des Sozialstaates sicher, während der bildungswilli-

37 Vgl. zu diesem Absatz Decker, Frank: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000, S. 258-262 und S. 274.

38 Vgl. Betz, Hans-Georg: Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10 (1998), S. 7.

39 Falkenberg, Susanne: Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich, Duisburg 1997, S. 55.

ge Aufsteiger, für den persönliche Leistung im Vordergrund steht, das Nachsehen hat.“⁴⁰

Der verworrene rechtspopulistische Neoliberalismus schließt die Forderung nach sozialer Sicherung ein. Primäre Aufgabe des Staates soll sein, die notwendigen Grundlagen für ein Leben oberhalb des Existenzminimums und für die Initiative des Individuums zu schaffen. Die marktradikalen Vorstellungen der Rechtspopulisten neigen eher zu einer negativen Abgrenzung von der gegenwärtigen Politik, als dass sie ein festgelegtes Programm bilden. In ihrer positiven Benennung müssen sie immer vage genug bleiben, um den Staat als Förderer der heimischen Wirtschaft sozusagen durch die Hintertür wieder einzuführen.

Es kristallisiert sich ein Nebeneinander von marktzentrierten und protektionistischen Ideen heraus. Deregulierung gilt als Voraussetzung und Erfolgsrezept für unternehmerischen Erfolg und Prosperität der Wirtschaft. Wenn das Vertrauen in die eigene, vor allem internationale Konkurrenzfähigkeit gering ausfällt, muss gemäß der rechtspopulistischen Argumentation Raum bleiben für das Versprechen, durch staatliche Unterstützung und den Schutz vor ausländischer Konkurrenz die Zukunft zu sichern. Darüber hinaus sollen soziale Leistungen primär wirklich Bedürftigen aus der einheimischen Bevölkerung zukommen. Rechtspopulisten haben wirtschaftsprotektionistische Vorstellungen, mit spürbar nationalistischen Untertönen. Die Wirtschaft ist den Interessen der „Nation“ untergeordnet, von nachrangiger Wichtigkeit.⁴¹

4. Verhältnis zum Rechtsextremismus

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, extreme Rechte, Neue Rechte, radikale Rechte, (Rechts-)Fundamentalismus, (Neo-)Faschismus – alle diese Begriffe sind neben dem Rechtspopulismus im Umlauf, um einen Phänomenbereich zu bezeichnen.⁴² Oft verwenden die Autoren sie einfach synonym, vernachlässigen eine Beg-

40 Haider, Jörg: Die Freiheit, die ich meine, Frankfurt/M. 1994, S. 181.

41 Vgl. Mudde, Cas: In the Name of the Peasantry, the Proletariat, and the People: Populisms in Eastern Europe, in: Mény, Yves/Surel, Yves (Hg.): Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke (GB) 2002, S. 218.

42 Michael Minkenberg macht einen „verwirrende[n] Begriffspluralismus“ aus (Minkenberg, Michael: Die Neue Radikale Rechte im Vergleich, Opladen 1998, S. 29). Die gleiche Problematik taucht im

riffsabgrenzung. Zum Verständnis des Rechtspopulismus trägt die Frage bei, in welchem Verhältnis dieser zum Rechtsextremismus steht. Überschneidungen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus lassen sich in gewissen Punkten eindeutig nachweisen, obwohl die genannten Phänomene keinesfalls gleichzusetzen oder austauschbar sind. Rechtspopulismus kann extremistische, aber auch nicht-extremistische, eindeutig demokratische Züge haben. Die Liste Pim Fortuyn war unter ihrem Namensgeber populistisch, aber nicht extremistisch oder radikal. Der belgische Vlaams Blok und der französische Front National sind populistisch und extremistisch. Rechtsextremistischen Formationen fehlen zentrale Merkmale und Strukturen des Populismus nahezu. Die deutsche NPD hat sich gleichwohl einen Sozialpopulismus (in Form eines Protests gegen die Arbeitsmarktreformen) im sächsischen Landtagswahlkampf 2004 erfolgreich zunutze gemacht und ist ein Beispiel dafür, dass rechtsextremistische Parteien insbesondere in Wahlkämpfen zu populistischen Strategien greifen können.

Es gibt die Möglichkeit punktueller Überschneidungen und sogar erheblicher Berührungspunkte mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen, gleichwohl muss Populismus keineswegs mit Extremismus korrelieren. Generell gilt: Populistische Parteien (oder Bewegungen) sind nicht a priori auf anti-demokratische oder verfassungsfeindliche Positionen festlegbar. Die populistische Dimension ist weder demokratisch noch anti-demokratisch, sondern ein Aspekt der Mannigfaltigkeit und Diversifizierung politischer Kulturen und Strukturen. Populismus kann mit Demokratie kompatibel sein, auch wenn dies oftmals bestritten und angezweifelt wird. Er liegt grundsätzlich auf einer anderen Ebene als der politische Extremismus (und Radikalismus).

Zum politischen Rechtsextremismus gehören der Dogmatismus und Fanatismus, ein über allem schwebendes Sendungsbewusstsein, die unmissverständliche Kenntlichmachung und unverbesserliche Legitimierung des eigenen Machtanspruchs, die Vertretung „geschichtsrevisionistischer“ Positionen, Freund-Feind-Stereotype, der Autoritarismus und das mit dem Antipluralismus einhergehende identitäre Politikver-

angelsächsischen Sprachraum auf; nicht abgegrenzte, populäre Termini wie zum Beispiel *far right*, *extreme right*, *radical right*, *right-wing extremism*, *radicalism*, *(right-wing) populism* weisen auf das gleiche Dilemma hin.

ständnis.⁴³ Der Rechtsextremismus bildet im extremismustheoretischen Sinne einen Gegen- oder Abgrenzungsbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat und umfasst politische Auffassungen, welche die Wertevorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates direkt oder indirekt ablehnen. Er verneint das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit, zeigt sich aggressiv gegenüber ethnischen Minderheiten und definiert sein Weltbild nach rassistischen Maximen.

Eine in den politikwissenschaftlichen Veröffentlichungen vorherrschende, aber umstrittene Definition sieht die „Neue Rechte“ als „Grauzone oder Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“.⁴⁴ Dieser Auffassung fehlt es an einer eindeutigen und trennscharfen ideologischen Zuordnung. Dazu impliziert eine solche Einordnung, dass die „Neue Rechte“ weder unter dem demokratischen Konservatismus noch unter dem Rechtsextremismus zu subsumieren ist, was eine extremismustheoretische Betrachtung erschwert. Verfehlt wäre es, die Neue Rechte unter graduellen Gesichtspunkten als radikalisierte oder extremistisch unterlegte Form des Konservatismus aufzufassen.

Eine Argumentation sieht den westeuropäischen Rechtspopulismus als Faschismus im neuen Gewande. So unterstellt Claus Leggewie dem Rechtspopulismus eine „fatale Nähe zum faschistischen Gedankengut“⁴⁵. Wie Uwe Backes feststellt, dürfen die modernen Protestgruppierungen jedoch nicht mit den Faschismen der Zwischenkriegszeit in einen Topf geworfen werden: Ihnen fehlt es an „Militanz“, an den „anti-bürgerlichen, antikapitalistischen und biologisch-rassistischen Komponenten“⁴⁶. Sie streben keine radikale Umwälzung der Werteordnung an, keine revolutionären Veränderungen.

43 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994, S. 13f.

44 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die Erben der „Konservativen Revolution“. Zu Bedeutung, Definition und Ideologie der „Neuen Rechten“, in: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland: Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen 1998, S. 79.

45 Leggewie, Claus: „Nationalpopulismus“ – der neue Rechtspopulismus, in: Schiller, Theo (Hg.): Parteien und Gesellschaft, Stuttgart 1992, S. 66.

46 Backes, Uwe: Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratiethoretischen Einordnung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 20 (1991), S. 14.

Rückgriffe des Rechtspopulismus auf den Faschismus sind höchstens selektiver Natur, er arbeitet mit Versatzstücken, plant etwas Neues, keine Neuauflage. Mit anderen Worten: Der Rechtspopulismus verfügt über kein historisch fundiertes Feindbild, sondern hantiert mit diffusen Ressentiments. Anders als die traditionelle und faschistische Rechte firmiert der Populismus per se nicht als eine antidemokratische Bewegung. Beispielsweise wäre jedwede Form einer Analogie zwischen Berlusconi und Mussolini unzutreffend. Rechtspopulistische Parteien haben – im Gegensatz zu faschistischen – in der Regel wenig Vorurteile gegen das Modell des Kapitalismus.

5. Populismus und Regierungsverantwortung

Populistische Parteien agieren mit einer Politik der Beschwerdeführung, die auf den politischen Gegner zielt und wenig Skrupel kennt. Gerne setzen sie speziell in Wahlkämpfen ein „Negative-Campaigning“ ein, da die „Anti-Parteien-Parteien“ im Zuge der modernen „Waschmittelwahlkämpfe“ darauf erpicht sind, sich als „Farbtupfer“ zu konturieren. So genannte Polarisierungsstrategien zielen auf Politiker etablierter Parteien, greifen beispielsweise zu Schuldzuweisungen gegenüber der von ihnen zu verantwortenden Politik. Auch ihre persönliche Integrität und Kompetenz steht infrage. Everhard Holtmann macht folgende Beobachtung: „Protestparteien weigern sich nicht generell und grundsätzlich, mit ‚Altparteien‘ zu koalieren, obgleich sie sich gegenüber diesen als politisches Kontrastangebot darstellen. Das Streben nach Regierungsteilhabe ist insofern schlüssig, weil Protestparteien aufgrund ihrer in der Regel geringen gesellschaftlichen Vernetzung und ihres vergleichsweise schwächer entwickelten Organisationsgrades gleichsam instinktiv den Machtvorteil einer ‚party in government‘ suchen müssen, um die genannten Strukturschwächen zu kompensieren.“⁴⁷ Holtmanns Ansicht ist gleichwohl wenig einleuchtend, da der Parteiapparat durch eine Regierungspartizipation nur noch zusätzlich belastet wird (Personalrekrutierung).

Bei der praktischen Regierungsarbeit wird – wie die Erfahrung zeigt – ein evidentes Qualitätsgefälle zu den attackierten „Altparteien“ signifikant. Spürbar zum Ausdruck kommt ein solches, wenn die Partei überproportional auf unbedarfte Amateure, Sei-

⁴⁷ Holtmann, Everhard: Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2002, S. 70.

teneinsteiger und Hinterbänkler aus anderen Parlamentsparteien zurückgreift. Der „Populismus an der Macht“ kann sich nicht mehr in der Pose des „Fünf-vor-zwölf“ gerieren, gerät selbst unter Zug- und Leistungszwang.

Die Regierungsbeteiligung gilt als wichtiger Faktor, was das Wohl und Wehe einer Partei, ihre Profilbildung und eine gesicherte Existenz im Parteiensystem betrifft. Eine Glaubwürdigkeitslücke, was wirkliche Problemlösung in zentralen Politikbereichen angeht, und die Perzeption einer sinkenden Kompetenz können dem Neuankömmling enormen Schaden zufügen. Populistische Parteien müssten dem selbstgesetzten Anspruch der Seriosität und des Puritanismus, den sie zu repräsentieren vorgeben, irgendwie gerecht werden – ein schwieriges Unterfangen.

Populistische Parteien fühlen sich in einer Oppositionsrolle durchweg wohler. Wer aber ausschließlich symbolträchtig als „Anti-Parteien-Partei“ daherkommt, trägt bereits die Logik der Selbstzerstörung in sich. Dieser Hang zur Selbstzerstörung beschleunigt sich in dem Maße, in dem die Parteien nicht in die Modalitäten des politischen und innerparteilichen Konfliktaustragens eingeübt sind. In der Regierungsverantwortung gelten die Parteien als Risiko – vor allem für den oder die Partner an der Regierung. Sie selbst können, zumal in der Rolle eines Juniorpartners, mit wenig Raum für eigene Entfaltung nur schwer Fuß fassen, sind in einem strategischen Dilemma, durchlaufen einen Transformations- und Anpassungsprozess, verlieren ihre Konturen, müssen plötzlich Taten auf die Versprechungen folgen lassen und die Fähigkeit zum Ausgleich und Kompromiss mit den Regierungspartnern lernen. Ob dieser Spagat gelingt und die Partei weiterhin ihr Image als dynamische, rebellische Außenseiterpartei überzeugend vertreten kann, ist zweifelhaft. Vor allem geht es darum, in der Öffentlichkeit, beim Wähler das Bild einer klar identifizierbaren Alternative mit Bewegungskarakter aufrechtzuerhalten. Eine Grenzziehung zwischen einem „stark ausgeprägten“ Oppositions- und einem „schwach ausgeprägten“ Regierungspopulismus erscheint bedenkenswert.⁴⁸

48 Vgl. Heinisch, Reinhard: Populism, proporz, pariah: Austria turns right. Austrian political change, its causes and repercussions, New York 2002, S. 269.

6. Fallbeispiel des deutschen Rechtspopulismus: Schill-Partei

6.1. Entwicklung

Wer die Vorgeschichte von Ronald Barnabas Schill nicht kennt, kann die Entwicklung der Partei Rechtsstaatlicher Offensive⁴⁹ nicht angemessen beurteilen. Drakonische Urteile hatten den ehemaligen Strafrichter am Hamburger Amtsgericht in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Er weckte die Aufmerksamkeit der Medien, die sich in dem griffigen Image des „Richter Gnadenlos“ bündelte. Immer mehr ins Rampenlicht gerückt, wagte Schill den Einstieg in die Politik und gründete am 13. Juli 2000 eine eigene Partei – die Partei Rechtsstaatlicher Offensive, nahezu ausschließlich unter ihrem Kürzel „Schill-Partei“ bekannt. 14 Monate später konnte sie – im September 2001 – bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 19,4 Prozent der Wählerstimmen gewinnen. Nie zuvor hatte in der Geschichte der Bundesrepublik eine erst neu entstandene Partei einen derart hohen Erfolg erzielen können.

Im Anschluss regierte eine von Medien als „Bürgerblock“ bezeichnete Koalition aus CDU, Schill-Partei und FDP unter Führung des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust (CDU). Die Schill-Partei stellte drei Senatoren.⁵⁰ Der Parteigründer Ronald B. Schill, Schlüsselfigur der neuen Partei, fungierte als Innensenator und Zweiter Bürgermeister. Norbert Frühauf, ehemals in der CDU aktiv, stand der Fraktion vor. Bei den Koalitionsverhandlungen musste die Partei einige ihrer illusorischen Wahlversprechen zurücknehmen; ihre öffentliche Wahrnehmung verschlechterte sich durch die Reizfigur Ronald B. Schill und die vorschnellen bundesweiten Expansionspläne. Innerhalb der Fraktion dominierte hingegen eine kooperative Sacharbeit.

Nach dem grandiosen Hamburger Wahlerfolg unterschätzte die Partei Rechtsstaatlicher Offensive die Tatsache, dass sie ihren Wahlgewinn in einem Stadtstaat gefeiert

49 Zur Schill-Partei mit besonderem Schwerpunkt auf ihre Populismusdimension vgl. Hartleb, Florian: Rechts- und Linkspopulismus? Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004. Der Verfasser kommt zum Befund, dass die Schill-Partei größtenteils die Kriterien (u.a. der Anti-Establishment-Charakter, die Medienfokussierung, die charismatische Persönlichkeit, das „One-Issue“-Konzept) einer rechtspopulistischen Partei erfüllt.

50 Mario Mettbach war für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung verantwortlich, Peter Rehaag für Gesundheit und Verbraucherschutz.

hatte. Dort fällt es einem Newcomer erfahrungsgemäß leichter, die Fünfprozenthürde zu überwinden und ohne professionellen Parteiapparat einzelne Erfolge zu erringen.⁵¹ Die Partei war förmlich berauscht vom Höhenflug, der Ruf nach rascher Expansion erklang. Bereits die erste Kandidatur der Schill-Partei außerhalb Hamburgs endete mit einer – wiewohl achtbaren – Niederlage. Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt mit dem selbst in den eigenen Reihen umstrittenen Unternehmer Ulrich Marseille⁵² als Frontmann, der eine eminente Bedeutung für die Finanzierung des Wahlkampfes hatte, verfehlte die Partei mit 4,5 Prozent aus dem Stand nur knapp den Einzug in den Landtag.⁵³ Damit verpasste die Partei zwar den für eine erfolgreiche Bundestagswahlkampagne dringend benötigten Wiederholungserfolg, dennoch heizte das relativ gute Ergebnis die Spekulationen um eine Teilnahme an der Bundestagswahl an. Der Parteitag zu diesem Thema scheiterte im Mai 2002 wegen zu geringer Anwesenheit der Delegierten. Ronald B. Schill sprach in aller Öffentlichkeit von einem „Querulantenproblem“.

Entgegen dem ausdrücklichen Willen des zu diesem Zeitpunkt einigermaßen unangefochtenen Parteiführers⁵⁴ und der Parteispitze beschloss die Partei auf dem Parteitag am 22. Juni 2002 in Hamburg überraschend, zur Bundestagswahl anzutreten. Union und FDP, die Hamburger Regierungspartner, schenken der Partei im Wahlkampf keine Beachtung. In der Öffentlichkeit überwog mit dem Chaos im Vorfeld der Bundestagswahlen der Eindruck, die Schill-Partei sei als politische Alternative auf nationaler Ebene unbrauchbar. Der Entschluss zum Wahlantritt brachte die Partei in

51 Der plötzliche Erfolg einer ad-hoc-Partei scheint in Deutschland vor allem in den Stadtstaaten wie Hamburg, Bremen oder Berlin möglich zu sein. Protestparteien wie STATT Partei und Arbeit für Bremen, auch die rechtsextremistischen DVU und „Republikaner“ haben in der Vergangenheit für plötzliche (wiewohl oft einmalige) Überraschungen gesorgt.

52 Dem Hamburger Multimillionär, Betreiber von Pflegeheimen und Reha-Kliniken in Ostdeutschland, eilt ein zweifelhafter Ruf voraus. Dem langjährigen CDU-Mitglied wurde nachgesagt, den direkten Weg in die Politik für die eigenen Geschäftsinteressen zu missbrauchen. Marseille war nicht Spitzenkandidat der Landesliste, da er es versäumt hatte, rechtzeitig seinen Wohnsitz von Hamburg nach Sachsen-Anhalt zu verlagern. Marseille wurde unter anderem deshalb als „Westimport“ etikettiert. Die Funktion des Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalts gab er nach dem Nichteinzug ins Parlament schnell auf, am 23. Dezember 2003 trat er sogar aus der Partei aus.

53 Bereits in Sachsen-Anhalt kam es zur ersten Spaltung, denn eine Gruppe um den Magdeburger Norbert Hoiczky fühlte sich durch Schills Koordinator Ulrich Marseille übergangen und gründete eine eigene Vereinigung – die Rechtsstaatliche Bürger Partei (R-B-P). Sie erreichte lediglich 0,1 Prozent bei der darauffolgenden Landtagswahl im April 2002.

54 Ronald B. Schill machte früh deutlich, dass bei einem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber ein Antritt zur Bundestagswahl am 22. September 2002 nicht infrage komme. Den endgültig scheinenden Verzicht gab Schill als Konsequenz aus dem relativ schwachen Abschneiden bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt bekannt.

arge Bedrängnis. Organisatorisch und personell war die strukturell schwache Partei überfordert, ein Wahlkampf fand – außer einer Tour Schills durch mehrere größere Städte – faktisch nicht statt. Mit 0,8 Prozent der Zweitstimmen bekam sie die Quittung dafür, landete im „Null-Komma-Ghetto“ und wurde – bundesweit betrachtet – bereits zu diesem Zeitpunkt auf den Status einer Splitterpartei zurückgeworfen.⁵⁵ Vorteilhaft waren verbesserte organisatorische Strukturen und eine Neugründung mehrerer Landesverbände.

Die weiteren Ergebnisse der Landtagswahlen⁵⁶ bestätigten den Trend. Der negative Sog der Bundespartei konnte mit der Wahl in Bremen kurzzeitig gestoppt werden, der Partei glückte beinahe der Einzug ins Parlament. Die Schill-Partei nutzte die für Kleinparteien und Newcomer günstige Stadtstaatstruktur und die Nähe zu Hamburg. Sie konnte mit 4,3 Prozent (4,8 in Bremerhaven, wo durch eine lokale Besonderheit ein Überspringen der Fünfprozenthürde gleichbedeutend mit einem Einzug ins Landesparlament gewesen wäre⁵⁷), einen zu diesem Zeitpunkt unerwarteten Achtungserfolg erringen.⁵⁸

Zurück zum Hamburger Stadtstaat: Das Dreierbündnis von CDU, Schill-Partei und FDP hielt lediglich etwas mehr als die Hälfte der Legislaturperiode. Am 19. August 2003 gab Ole von Beust die Entlassung Schills⁵⁹ bekannt. Der Bürgermeister begründete den Schritt damit, durch Erpressungsversuche seines Innensensors bloßgestellt worden zu sein. Kurzzeitiger Nachfolger auf dem Posten des Innensensors war Dirk Nockemann, das Amt des Zweiten Bürgermeisters übernahm Mario Mettbach. Schill, am 29. November 2003 zum Hamburger Landesvorsitzenden wieder-

55 Auch die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am gleichen Tag endete unbefriedigend (1,7 Prozent).

56 Am 2. Februar 2003 in Hessen (0,5 Prozent) und Niedersachsen (1,0 Prozent).

57 Für die Stadt Bremen gilt dies auch.

58 Organisatorisch gab es deutliche Schwächen. So wurde erst am 23. Februar 2003 ein Bundesvorstand gewählt. Laut Satzung durften Landes- und Bundesvorsitzender nicht in einer Person vereinigt sein. Mario Mettbach und Ronald B. Schill teilten die Ämter. In der Bundespartei, an deren Entwicklung Schill selbst nach internen Querelen und dem Scheitern in Sachsen-Anhalt wenig Interesse zeigte, wurde Mario Mettbach, der Parteiorganisator, im Februar 2003 zum Bundesvorsitzenden gewählt, Ronald B. Schill zum Ehrenvorsitzenden.

59 Schills rechte Hand in seiner Funktion als Innensensor, Staatsrat Walter Wellinghausen, war in den Verdacht unerlaubter Nebentätigkeiten geraten. Dadurch stand Schill unter Druck, Wellinghausen entlassen zu müssen. Zu einem Vier-Augen-Gespräch mit Bürgermeister Ole von Beust zitiert, versuchte er dies abzuwenden und den Regierungschef der Schilderung von Beusts zufolge mit dessen Privatleben zu kompromittieren.

gewählt, meldete sich in den folgenden Tagen mit mehreren Paukenschlägen zurück. Er startete einen persönlichen Rachefeldzug; innerhalb „seiner“ Partei brach zwischen ihm und „Parteimanager“ Mario Mettbach ein Machtkampf aus. Der Bundesvorstand um Mettbach erklärte in Berlin die Absetzung Schills als Landesvorsitzender und verbot ihm, zwei Jahre⁶⁰ lang ein Parteiamt zu bekleiden; dieser akzeptierte den Beschluss nicht und steigerte seine Tiraden bis zu dem Punkt, dem Etat des Bauseminators Mettbach in der Bürgerschaft eventuell nicht zuzustimmen. Von Beust war durch die Instabilität des Koalitionspartners zum Handeln gezwungen: Am 9. Dezember 2003 erklärte er die Koalition für beendet und rief Neuwahlen aus. Für die nach der Entlassung ihres nun endgültig diskreditierten Aushängeschildes in existenzielle Not⁶¹ geratene Partei Rechtsstaatlicher Offensive kam dieser Schritt einem Fiasko gleich. Die Entmachtung von Ronald B. Schill wurde auf Seiten des Bundesvorstandes und der Hamburger Fraktion in aller Härte betrieben. Die Schill-Fraktion schloss ihn aus; der Bundesvorstand griff zum Äußersten und versagte ihm in einem nächsten Schritt die weitere Parteizugehörigkeit.

Die Fraktion spaltete sich; fünf Gefolgsleute gründeten zusammen mit Ronald B. Schill wenige Tage vor der Parlamentsauflösung am Jahresende, einen Wahlantritt im Hinterkopf, die Ronald-Schill-Fraktion. Diese trat zusammen mit der Splitterpartei Pro-DM⁶² des Düsseldorfers Multimillionärs Bolko Hoffmann zu den vorgezogenen Wahlen Ende Februar 2004 an.⁶³ Beide „Schill-Parteien“ verfehlten den Einzug in die

60 Mit der parteiinternen Entmachtung Schills sollte die Koalition bis zum Ende der regulären Legislaturperiode gerettet werden.

61 Eine große Ernüchterung unter Parteiaktivisten und -mitgliedern machte sich breit, als Schill die Koalition zu Fall brachte.

62 Wie bereits der Name besagt, gründete sich die weitgehend auf die Initiative Hoffmanns beschränkte Partei im Jahre 1998 aus Protest gegen die Einführung des Euros. Zum ersten Mal trat sie bei den Bundestagswahlen 1998 an und erreichte 0,9 Prozent. Die Landtagswahl von Sachsen (1999) war mit 2,1 Prozent in elektoraler Hinsicht der größte Erfolg. Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 2001 wurde die Partei mit 0,2 Prozent marginalisiert. Die Bundestagswahlen 2002 bestritt sie nicht. Bekanntheitsgrad erreichte die 1998 gegründete Partei mit großflächigen Anzeigen, die Bolko Hoffmann in großen Tageszeitungen schalten ließ. Nach der Einführung des Euros änderte die Partei mit dem Kürzel „Pro-DM“ ihren Namen in „Pro Deutsche Mitte“.

63 Bereits vor der Bürgerschaftswahl 2001 hatte es Gespräche zwischen Hoffmann und Schill gegeben, die aber zu keinem Ergebnis führten. Später prozessierten sie gegeneinander. Hoffmann hatte juristisch verhindert, dass die von Schill gegründete Partei Rechtsstaatlicher Offensive weiter die Kurzbezeichnung „PRO“ führen durfte. Eine Verwechslung mit seiner Partei müsse ausgeschlossen werden. Später stellte Schill Strafanzeige wegen Verleumdung, nachdem Hoffmann behauptet hatte, Schill habe für eine geplante Zusammenlegung beider Parteien eine Million Mark gefordert. Die Tatsache, dass in der Folgezeit auf den Wahlzetteln „Schill“ auftauchte, war nützlich. Die plakative Bezeichnung „Schill-Partei“ war von Vorteil, konnte die Öffentlichkeit doch den direkten Bezug zu Ronald B. Schill herstellen. Für Schill war durch die „Fusion“ mit dem Unternehmer

Bürgerschaft: Pro-DM/Schill kam auf 3,1 Prozent, die Partei Rechtsstaatlicher Offensive mit dem Spitzenkandidaten Dirk Nockemann⁶⁴ lediglich auf 0,4 Prozent.⁶⁵ Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive verlor damit 98 Prozent ihrer Wähler von 2001 – es blieben nur 3041 Wähler. Sie scheiterte mit ihrem Versuch, nach den Eskapaden Schills größtmögliche Seriosität auszustrahlen.

Nach dem katastrophalen Wahlergebnis trat Mario Mettbach sogleich als Bundesvorsitzender zurück, er und Spitzenkandidat Nockemann verließen umgehend die Partei, die unter einem am Parteitag vom 6. April 2004 neuformierten, Schill-freundlichen Bundesvorstand mit einer Massenaustrittswelle konfrontiert war.⁶⁶ Der neu gewählte Bundesvorsitzende Markus Wagner votierte in seiner Funktion als Mitglied des Bundesvorstandes einst gegen die Absetzung und den Parteiausschluss von Ronald B. Schill. Das Damoklesschwert „Ronald Schill“ schwebt über der Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Ihre Zukunft steht Spitz auf Knopf, die von einer ad-hoc-Partei betriebene Rückeroberung verlorenen Terrains erscheint erfahrungsgemäß als eine unlösbare Aufgabe. Die Partei ist zum Untergang verurteilt, steht – zerrieben durch Streitigkeiten – am Rand des Abgrunds der Bedeutungslosigkeit. Nach den Bürgerschaftswahlen ist sie nur mehr eine nicht-etablierte, nicht-arrivierte Kleinpartei. Ein geplanter Antritt an den Wahlen zum Europäischen Parlament scheiterte bereits an zu wenig gesammelten Unterschriften.⁶⁷

und Herausgeber des Börsenblattes „Effecten Spiegel“ in erster Linie die Finanzierung seines Wahlkampfes gesichert. Die neue Gruppierung konnte nun auf den (äußerst) kleinen Parteiapparat und, wesentlich wichtiger, die Finanzmittel von Pro-DM zurückgreifen. Bolko Hoffmann, der ja einst der Schill-Partei das Kürzel „PRO“ untersagen ließ, war jetzt mit seinem neuen Partner Schill vor Gericht erfolgreich und sorgte damit für eine kuriose Situation: Die Kurzbezeichnung „Schill“ auf dem Wahlzettel dürfe die Partei Rechtsstaatlicher Offensive nicht verwenden.

64 Daneben warb die Partei mit Mario Mettbach und ihrem Fraktionsvorsitzenden Norbert Frühauf.

65 Sogar ein Einzelbewerber, Transvestit Olivia Jones, erhielt als „Spaßkandidat“ mehr Stimmen als die Partei Rechtsstaatlicher Offensive.

66 Die Partei hat ein neues Kürzel beschlossen („Offensive D“).

67 4000 Unterschriften wären notwendig gewesen.

6.2. Auf- und Abstiegsfaktoren

6.2.1. Roland B. Schill

Der Amtsrichter Ronald B. Schill schaffte einen kometenhaften Aufstieg zum populärsten und zugleich meist gehasstesten Politiker in der Hansestadt. Im Oktober 1996 kursierte sein Name zum ersten Mal in der Presse. Anlass war sein Urteil gegen eine psychisch kranke Frau, die offenkundig aus Neid den Lack teurer Autos zerkratzte und die der Richter zu einer zweieinhalb Jahre langen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilte. Schills Ausschöpfung des Strafmaßes bis an die äußerste Grenze des Zulässigen traf den Nerv der Bürger. Die Hamburger Boulevardpresse verpasste ihm den griffigen Beinamen „Richter Gnadenlos“. Schill war 1997 und auch Anfang 2000 gern gesehener Gast bei CDU-Ortsverbänden.

Der „Wahlkampflokomotive“ Schill war das Charisma zugewachsen, das einen erfolgreichen Rechtspopulisten kennzeichnet. Der Zwei-Meter-Mann beherrschte im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf die klassischen Agitationsformen eines rechten Populisten, schürte Unsicherheitsängste, stand, obwohl kein Mann aus dem „Volk“, auf Seiten der kleinen Leute, betätigte sich als Sprachrohr der „schweigenden Mehrheit“ und bediente Einstellungen gegen den „Parteienstaat“. Laut Joachim Raschke und Ralf Tils entpuppte sich Schill im Wahlkampf 2001 als ein „charismatische[r] Führer, der trotz seines ungelenken, spröden und hölzernen Habitus durchaus Nähe zu seinen Anhängern herzustellen weiß.“⁶⁸ Innerhalb seiner von ihm gegründeten Partei galt er als unantastbar, wirkte als ihre charismatische Führungspersönlichkeit.

Ronald B. Schill konnte Glaubwürdigkeit erzeugen, indem er vorgab, als „Law-and-Order“-Amtsrichter den Rechtsstaat zu vertreten und zu verteidigen. Im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 2001 schuf sich der bekennende Anti-68er Schill ein überzeugendes Image als Fachmann für Innere Sicherheit. In seinem früheren Amt als Strafrichter hatte er zudem die von ihm und seiner Partei propagierte Politik der „Zero Tolerance“⁶⁹ konsequent praktiziert. Schill warf ein AngstszENARIO auf und erklärte, an das subjektive Sicherheitsgefühl appellierend, Hamburg zur „Hauptstadt des Verbre-

68 Raschke, Joachim/Tils, Ralf: CSU des Nordens. Profil und bundespolitische Perspektiven der Schill-Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 47 (2002), S. 53.

69 Klein, Markus/Ohr, Dieter: Der Richter und sein Wähler. Ronald B. Schills Wahlerfolg als Beispiel extremer Personalisierung der Politik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 33 (2002), S. 67.

chens“. Er heizte im Hamburger Wahlkampf das Betroffenheitsthema emotional auf, gebrauchte griffige Äußerungen, die er permanent repetierte. Seine Wahlkampfveranstaltungen beendete er mit dem Satz: „Kommen Sie gut nach Hause und lassen Sie sich nicht überfallen!“

Zwischen dem von Schill gezeichneten Bild und seiner Darstellung gab es eine große Diskrepanz: „Denn ‚gnadenlos‘ waren nur die Sprüche, die der Politneuling klopfte; ein eindrucksvoller Redner, ein Volkstribun war er nie. Wer jemals eine seiner Veranstaltungen besucht hat, erlebte einen großen, etwas linkischen Mann, der sich in seiner Rolle offensichtlich gefiel: einen politischen Narziss, dem das eigene Ego wichtiger war als die Interessen der ‚einfachen Menschen‘, die er zu vertreten vorgab.“⁷⁰ Der Polit-Parvenü Schill war kein verlängerter Arm des „kleinen Mannes“, gleichwohl aber Lautsprecher des rechtschaffenen Bürgers: „Von wohlkalkulierter Angstmache (Beschwörung Hamburgs als ‚Hauptstadt des Verbrechens‘) über gezielte Provokationen (Forderung nach Kastration von Sexualstraftätern) bis hin zur Aufstellung von Verschwörungstheorien hat es Schill im Hamburger Wahlkampf verstanden, auf der rechtspopulistischen Klaviatur zu spielen und die Nähe zum umworbenen Volk herzustellen.“⁷¹ Er bearbeitete in seinen Wahlkampfauftritten kaum ein anderes Thema als die Innere Sicherheit.

Dem ehemaligen Amtsrichter traute ein beachtlicher Anteil der Hamburger Wahlberechtigten am ehesten zu, die objektiv und subjektiv vorhandenen Probleme der Inneren Sicherheit in Hamburg zu lösen. Zusätzlich wurde ihm eine klare, verständliche Sprache und ein professionelles öffentliches Auftreten attestiert. Der politischen Konkurrenz war es durch Schills Reputation und seine überzeugende Abgrenzungsstrategie⁷² gegen den Rechtsextremismus nicht möglich, den „Richter Gnadenlos“ als Rechtsextremisten zu stigmatisieren. Der Außenseiter verkörperte nicht nur vagen Protest, sondern sehr konkrete Erwartungen, er könne etwas ändern. Die Person Ronald B. Schill zu diesem Zeitpunkt als reine Figur des Protests abzutun, greift so-

70 Die Zeit vom 21. August 2003, S. 2.

71 Vgl. Decker, Frank: Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der „Schill-Partei“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21 (2002), S. 28.

72 Die Partei und ihr Aushängeschild achteten auf eine strikte Distanzierung. Im Aufnahmeantrag wird ganz klar nach der politischen Vergangenheit gefragt. Beispielsweise dürfen frühere Mitglieder von

mit zu kurz: Bei seiner Wahl spielten dem Bewerber zugeschriebene Persönlichkeitsattribute eine zentrale Rolle: Entschlossenheit und Tatkraft.

Nach dem grandiosen Wahlerfolg verblasste der Siegernimbus Schills. Er stolperte über eine Fehleinschätzung seiner eigenen Bedeutung, enttäuschte Medien und Wähler gleichermaßen. Wie ein Popstar legte sich Schill Autogrammkarten zu, die er neben seiner zum Selbstschutz angeschafften Pistole bei sich führte. Sein Wahlversprechen, innerhalb von 100 Tagen die Verbrechensrate um die Hälfte zu senken, korrigierte Schill mit der Aussage, er habe ja nicht gesagt, in welchen 100 Tagen.⁷³ Er schien jegliche Bodenhaftung verloren zu haben. Die Tätigkeit als Innensenator legte Defizite offen; Schill versäumte eine Profilierung jenseits seines „Spezialthemas“ Innere Sicherheit. Pannen und Affären⁷⁴ häuften sich – es kam zu Filzvorwürfen in der Personalpolitik. Kontakte ins halbseidene Milieu wurden ihm nachgesagt, Kokainvorwürfe kursierten, die seine Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit verspielten und den Bonus der Medien aufzehrten.

Schill machte – nur teilweise selbstverschuldet – Schlagzeilen als „Partysenator“. Eine Kampagne der Medien und der Hamburger Oppositionsparteien zielte darauf, sein Image als Saubermann nachhaltig zu beschädigen. Der Innensenator führte im Februar 2002 eigens einen Haartest durch, um Vorwürfe, er habe Kokain konsumiert, zu entkräften. Beispielsweise hatte ihn Wolfgang Hoffmann-Riem, ehemaliger Hamburger Justizsenator in einer Regierung aus SPD und STATT Partei (1993 bis 1997) und Richter am Bundesverfassungsgericht, in einem spektakulären offenen Brief zu diesem Schritt aufgefordert. Dieser Vorgang des exponierten Schill-Gegners war unglaublich, kehrte ein Repräsentant des höchsten deutschen Gerichts doch aus durchsichtigen Motiven die Beweislastregel um.

NPD, DVU oder „Republikaner“ nicht der Partei beitreten. Schill selbst verbat sich jegliche Vergleiche mit Jörg Haider.

73 Vgl. dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Dezember 2003, S. 5.

74 Das gilt ebenso für Mario Mettbach, der im Oktober 2001, kurz nach seiner Ernennung zum Senator seine Lebensgefährtin zur persönlichen Referentin in der Baubehörde bestellt hatte. Obwohl der Vorgang juristisch nicht zu beanstanden war, kritisierte neben der Opposition auch Bürgermeister von Beust die Entscheidung. Selbst in der eigenen Partei wurde Mettbach „ungeschicktes Verhalten“ vorgehalten. Mettbach machte daraufhin einen Rückzieher und entschuldigte sich vor dem Parlament.

Die Medien kolportierten einen fehlenden Arbeitselan und brachten diesen in den Zusammenhang mit inhaltlichen Schwächen. An seine Person geknüpfte Erwartungen versuchte Innensenator Schill mit symbolischer Politik und Aktionismus zu entgegen. Dies gelang ihm mit der von ihm initiierten Einführung blauer Polizeiuniformen in Hamburg, die das Umdenken in der Hamburger Sicherheitspolitik aller Welt vor Augen führen sollte. Durch die von großem medialen Pomp getragene Inszenierung wollte Schill eine Nähe zu „Sheriffs“ suggerieren und eine bundesweite Vorreiterrolle herausstreichen.

Die tägliche und mühevollen Detailarbeit überließ Schill seinem Staatsrat Wellinghausen. Um organisatorische und programmatische Bemühungen der (Bundes-)Partei kümmerte er sich nicht. Freilich ist es müßig darüber zu spekulieren, ob das überhaupt (Pflicht-)Aufgaben des „Symbols“ Schill gewesen wären. Als geistiger Ideen- und Impulsgeber wirkte er nicht mehr. An weitergehenden Inhalten hatte er kein Interesse – der Intellekt und der Wille zu einer fundierten Programmatik, wie sie beispielsweise ein Pim Fortuyn hatte, fehlte ihm. Eine substanzielle Vordenkerrolle füllte Schill nicht aus. Der profunde Eintritt in Politikfelder von bundespolitischer Brisanz fand nicht statt.

Indem er den Antritt seiner Partei zur Bundestagswahl 2002 nicht verhindern und sich damit innerparteilich nicht durchsetzen konnte, hatte Parteigründer Schill bereits Schaden genommen. Sich anschließend – einem Chamäleon gleich – an die Spitze der Gegenbewegung zu setzen und gemeinsam mit Antrittsbefürwortern den Weg nach Berlin zu suchen, erschien zwar als ein für Populisten durchaus charakteristischer Opportunismus, war aber wenig glaubwürdig. Der persönliche Nimbus des Gründers und Namensgebers der Partei wirkte angeschlagen, die parteiinternen Querelen haben kaum den Eindruck von politischen Visionen und von Führungsstärke vermitteln können. Schill musste zudem im Wahlkampf konzedieren, seine Partei übe „eine enorme Anziehungskraft auf Glücksritter aller Art aus“. Es gebe zu viele „ehrgeizzerfressene Querulanten, die uns das Leben schwer machen“.⁷⁵ Eckhard Jesse bemerkte: „Bundestagswahlen sind eben keine Bürgerschaftswahlen. Schill dürfte an sein kühnes Ziel, die Partei, die kaum öffentliche Auftritte absolvierte, wer-

75 Zit. nach Die Zeit vom 27. Juni 2002, S. 4.

de acht Prozent erreichen und könne im Bund mitregieren, selbst nicht geglaubt haben.“⁷⁶ Das Charisma Schills verblasste (mit dem Misserfolg) auch innerparteilich erheblich, die Partei konnte ihre bundespolitischen Ambitionen begraben.

Möglicherweise deshalb, weil die Partei im Bundestagswahlkampf – trotz medialer Mutmaßungen über die mögliche bundespolitische Bedeutung – kaum eine Gelegenheit zu einem öffentlichen Auftritt und damit zur Profilierung fand, sorgte Ronald B. Schill am 29. August 2002 im Bundestag für einen eher taktisch motivierten Eklat. Schill, der als stellvertretender Bürgermeister Rederecht hatte, sprach absichtlich als Wahlkämpfer und nicht in der ihm eigentlich zugedachten Rolle als Repräsentant des Landes Hamburg in Vertretung des Bürgermeisters. Er missbrauchte die Debatte über die Flutkatastrophe zu scharfen polemischen Angriffen gegen die Immigrationspolitik der Regierung und die Ost-Erweiterung der Europäischen Union. Dazu drohte er der Bundestagsvizepräsidentin Anke Fuchs, die ihm – juristisch ist umstritten, ob dies zu Recht oder Unrecht geschah – das Wort entzog, mit einer Verfassungsklage. Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) sah sich bemüßigt, seinen Stellvertreter zu disziplinieren. Schill rückte kurzzeitig wieder ins mediale Rampenlicht. So wurde Schills Eklat im Bundestag zum Aufmacher in der *Welt* vom 30. August 2002. Die Zeitung, die im Hamburger Wahlkampf durchaus ihre Sympathien für Schill bekundet hatte, zeigte sich plötzlich äußerst distanziert und befremdet. Ein Kommentar mit dem Titel „Schill ohne Maske“ bezeichnete Schill als „rechtspopulistisches Rumpelstilzchen“ und legte Ole von Beust nahe, „einen Trennungsstrich zu ziehen“⁷⁷.

Im Zuge der Entlassung Schills durch Regierungschef von Beust setzte eine beispiellose Negativberichterstattung ein. Primär wurden dem nunmehr ehemaligen Innensenator und Stellvertretenden Bürgermeister der Hansestadt Charakter und Anstand abgesprochen. Das Thema kam auf Seite eins ausführlich zur Sprache – in überregionalen Tageszeitungen wie *Welt*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine* und in der *Bild*. Diese argumentierten größtenteils moralisch und pochten darauf, die Sexualität von Politikern, sofern sie sich nicht im ausbeuterischen Bereich bewegt, nicht weiter zu behandeln. Unmittelbar nach dem Skandal, dem – angebli-

76 Jesse, Eckhard: Die Rechts(außen)parteien: Keine ersichtlichen Erfolge, keine Erfolge in Sicht, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen 2003, S. 164f.

77 Die Welt vom 30. August 2002, S. 1.

chen oder tatsächlichen – Erpressungsversuch gegenüber von Beust, versagte die eigene Partei, insbesondere die Hamburger Schill-Fraktion um Mario Mettbach, ihrer Führungsfigur die Gefolgschaft. Eine innerparteiliche Zerreißprobe folgte. In der außerordentlichen Landesvorstandssitzung einen Tag nach der Entlassung Schills waren die Mitglieder „erschüttert über die Ereignisse vom Dienstag. Einstimmig distanzierte man sich von den live getätigten Aussagen des ehemaligen Innensenators und bezeichnete diese als ‚beschämend‘ und ‚unwürdig‘.“⁷⁸ Nach der Wahl Nockemanns zum Innensenator Anfang September 2003 herrschte erst einmal Ruhe. Keiner wusste so genau, ob Schill überhaupt weitere politische Ambitionen hatte. Klarheit verschaffte der Bundesparteitag in Düsseldorf Anfang November, wo die Delegierten Schill einen triumphalen Empfang bereiteten. Schill, sichtlich davon beeindruckt, brachte klar und kämpferisch zum Ausdruck, er wolle wieder Landesvorsitzender werden und das Aushängeschild der Partei bleiben.⁷⁹

Der eigentliche Höhepunkt stand noch aus. Schill schlug jetzt schärfere Töne an. Er bezeichnete sich, ganz Unschuldslamm, als Opfer eines Komplotts. Die Verschwörungstheorien erschienen selbst vielen Schill-Anhängern und besonders der Hamburger Führungsgruppe um Mario Mettbach als wirklichkeitsfremd. Schill wählte seine Person als unantastbar und in Sicherheit. Auf dem Hamburger Landesparteitag am 29. November 2003 wurde Schill trotz Stimmeneinbußen⁸⁰ zum Landesvorsitzenden wiedergewählt. In seiner Rede betonte er noch, er wolle angeblich auf eine persönliche Abrechnung verzichten. Direkt im Anschluss holte Schill zum Schlag gegen die parteiinternen Widersacher um Mario Mettbach aus, startete einen Rachefeldzug gegen von Beust und torpedierte die Regierungskoalition nach Kräften und gab sie der Lächerlichkeit preis.

Durch sein destruktives Vorgehen hat Schill das eigene Aufbauwerk in den Abgrund gerissen. Die eigentlich von ihm gänzlich abhängige Partei startete eine rigide Distanzierung. Unter Regie von Mario Mettbach sagte sich die Partei von ihm los, schloss ihn von Fraktion und Partei aus. Ihr Verhalten zeigte eine Mischung aus

78 Partei Rechtsstaatlicher Offensive Landesverband Hamburg (Hg.): Pressemitteilung zur Entlassung von Ronald Schill als Innensenator, Hamburg 20. August 2003.

79 Eigene Beobachtung des Verfassers am Bundesparteitag in Düsseldorf.

80 Mit 73,5 Prozent der Stimmen wurde das Wahlergebnis von 96,8 Prozent ein Jahr zuvor deutlich unterschritten.

Enttäuschung und Opportunismus. Zunächst wollte die Partei auf Gedeih und Verderb die Koalition und damit den Machterhalt sowie den eigenen Besitzstand sichern. Als dies misslang, entlud sich der Frust auf Ronald B. Schill, der allgemein als Schuldiger für das Scheitern des Regierungsbündnisses hingestellt wurde. Sowohl aus der Sicht der Partei- und Fraktionsspitze als auch aus der von Schill scheinen die Vorgänge aus dem Ruder geraten zu sein. Die Protagonisten Schill und Mettbach handelten emotional, nach dem actio-reactio-Prinzip. Rationale Erklärungsmuster für die Handlungen der Protagonisten lassen sich nur schwerlich finden. Jedenfalls bekamen sie die Quittung dafür, beendeten die Bürgerschaftswahlen 2004 doch aller Voraussicht nach ihre politischen Blitzkarrieren. Ronald B. Schills Selbstüberschätzung, gepaart mit Hilflosigkeit, symbolisierte spätestens der Bürgerschaftswahlkampf, als er mit seiner neuen Partei Pro-DM/Schill den nichtssagenden Spruch „Ich räume auf!“ plakatieren ließ.⁸¹ Schill kündigte noch am Wahlabend in der für ihn typischen, populistisch-exzentrischen Weise an, auswandern zu wollen, nach Südamerika (Uruguay) vielleicht.

Aufstieg und Abstieg der Partei Rechtsstaatlicher Offensive verkörperte stets Ronald B. Schill:

- Aufstiegsfaktoren (Hamburger Bürgerschaftswahlen):
 - öffentliche Figur („Richter Gnadenlos“);
 - unverbrauchtes Image als Seiteneinsteiger;
 - Sprachrohr der schweigenden Mehrheit;
 - „seriös und kompetent (als Richter „Fachmann“ für Innere Sicherheit) wirkende Protestfigur“;
- Abstiegsfaktoren (Innensenator; Spitzenkandidat für die Bundestagswahlen 2002; Entlassung, Absetzung als Landesvorsitzender, Ausschluss aus Fraktion und Partei; gescheiteter Neuversuch mit der neuen Partei Pro DM/Schill);
 - (angebliche) Passivität im politischen Tagesgeschäft;
 - Hang zu Unbedarftheit und Skandalen, zur Selbstüberschätzung;
 - fehlende inhaltliche Substanz;
 - ausgeprägte Egozentrik und Egomane;
 - persönlicher Rachezug auf Kosten der Koalitionsregierung.

⁸¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. März 2004, S. 3.

6.2.2. „One-issue-Partei“

Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive war von Anfang an weitgehend auf das Thema „Innere Sicherheit“ ausgerichtet und begrenzt, in allen anderen Themen zeigte sie eine Programmschwäche. Die Partei hat „sich durch populistisches Jonglieren im Bereich der Inneren Sicherheit“⁸² ihr Thema gesucht und bot in diesem Politikfeld Lösungskompetenz an. In Hamburg wurde es zum Betroffenheits- und Wahlkampfthema schlechthin, entpuppte sich als eine Art Selbstläufer: ein Beispiel für geschicktes Agenda-setting. Die Medien sahen eine „One-issue“-Partei aufkommen. In den Hamburger Bürgerschaftswahlen 2001 führte die Partei tatsächlich einen Ein-Themen-Wahlkampf. Ihr dortiges Programm bestand aus einem einzigen Problemfeld, dem Kampf gegen die Kriminalität.⁸³ Wie berechtigt die Kampagne des Newcomers war, zeigt ein Blick zurück.

Bereits im Bürgerschaftswahlkampf 1997 spielte dieses auf unmittelbare Erfahrungen, auf das Alltagsbewusstsein, auf Unsicherheiten zielende Politikfeld eine exponierte Rolle. Bürgermeister Henning Voscherau hatte die Innere Sicherheit als Wahlkampfthema für sich entdeckt. Er setzte auf Recht und Ordnung, beklagte die zunehmende Gewalt in der Großstadt. Doch mit solcher Betroffenheit konnte er nicht punkten, seine Partei hatte die Problematik zu stiefmütterlich behandelt. Voscherau trat nach schweren Stimmenverlusten zurück. Im Koalitionsvertrag von 1997 versprachen SPD und Grün-Alternative Liste, „die Sorgen vieler Menschen um die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ernst zu nehmen.“ Die Ausführungen trafen aber den Nerv der Bürger nicht. Bürgermeister Ortwin Runde und sein Innensenator Hartmuth Wrocklage von der SPD setzten auf „zivile Konfliktfähigkeit“ statt auf erhöhte Polizeipräsenz. Das offene Eingeständnis für das Scheitern dieser Strategie offenbarte sich im Mai 2001. Mitten im Wahlkampf, als der Stern des politischen Newcomers Schill bereits aufgegangen war, beerbte Olaf Scholz Hartmuth Wrocklage in der Position des Innensensors und sorgte für eine Kurskorrektur im großen Stil. Das Thema der Inneren Sicherheit wurde plötzlich großgeschrieben. Scholz kündigte eine harte Gangart an, die man der SPD allerdings nicht mehr abnahm.

82 Schmitz, Michael: Die „Schill-Partei“ – Analyse der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ nach den Landtagswahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt, St. Augustin 2002, S. 5.

83 Vgl. Die Zeit vom 22. August 2002, S. 6.

Das Thema „Sicherheit der Stadt Hamburg“ war in seiner Wirkung insbesondere von den „großen“ Parteien, der regierenden SPD und auch der oppositionellen CDU, bis zur Panikreaktion im Bürgerschaftswahlkampf 2001 stark unterbewertet. Die Drogenszene rund um den Hauptbahnhof stand aus der Sicht vieler Hamburger symbolhaft dafür. Während vergleichend dazu im ebenfalls sozialdemokratisch regierten München im Jahr 2000 mit 234 Fällen das Risiko eher gering war, Opfer eines Straßenraubs zu werden, avancierte Hamburg mit 3969 Delikten dieser Art in der Statistik wie auch in der subjektiven Wahrnehmung vieler Bürger zur „Hauptstadt des Verbrechens“.⁸⁴

Nach den Bürgerschaftswahlen 2001 wies die Politik des Innensenators Ronald B. Schill auf einen klaren Themenschwerpunkt hin. Dessen Initiativen zielten neben Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung auf spektakuläre Inszenierungen wie die Ausstattung der Polizei mit blauen Uniformen, obwohl das von ihm geführte Innenressort für ungleich mehr Themenfelder verantwortlich war. Insgesamt bereitete die Partei – im Unterschied zur Fraktion – andere „issues“ nur rudimentär auf. Die anfangs aufgestellten Leitlinien der Partei stellten größtenteils inhaltliche Leerformeln dar. Im Großen und Ganzen häuften sich Stichworte und Allgemeinplätze, im Bereich der Innen- und Rechtspolitik dominierte ein drakonischer Forderungs- und Maßnahmenkatalog. Wichtige Themenbereiche wie die Rentenpolitik fehlten, wie Eckhard Jesse beobachtet, fast ganz.⁸⁵

Bei späteren Wahlen erweiterte die Partei mühsam ihr inhaltliches Spektrum: In Sachsen-Anhalt versuchte sie Wirtschaftskompetenz zu vermitteln, in Bremen kam das Tierschutz-Thema hinzu. Der Widerhall blieb bescheiden. Den Durchbruch, auch bei der Bundestagswahl, sollte weiterhin die Innere Sicherheit bringen – ein Politikfeld, das außerhalb Hamburgs nur partiell zu Emotionalisierungen taugt. Eine programmatische Ausdehnung nahm die Schill-Partei nur spärlich in Angriff. Die Erwartungen einer politischen Allzuständigkeit, von einer Partei mit bundesweiten Ambitionen gefordert und in der politischen Parteienkultur Deutschlands fest verhaftet, er-

84 Vgl. zur Vorgeschichte Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Dezember 2003, S. 5.

85 Vgl. Jesse, Eckhard: Die Rechts(außen)parteien: Keine ersichtlichen Erfolge, keine Erfolge in Sicht, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen 2003, S. 162.

füllte die Partei nicht. Zudem bleibt die Mobilisierungsfähigkeit eines Themas wie dem der Inneren Sicherheit erfahrungsgemäß meist auf eine (Landtags-)Wahl beschränkt. Ein singuläres Thema tritt wellenartig auf und verschwindet schnell wieder von der politischen Tagesordnung. Die „One-issue“-Partei wird zum politischen Strohfeuer, wenn die Erschließung weiterer brisanter Themen und Politikfelder nur zaghafte erfolgt.⁸⁶ Die Innere Sicherheit spielte zum Beispiel bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt im Unterschied zu den Bereichen Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit kaum eine Rolle.

6.3. Fazit

Die Schill-Partei nutzte blitzartig ein diffuses Unsicherheitsgefühl der Hamburger Bevölkerung, das einherging mit einer Leistungsschwäche der großen Volksparteien. Das Kriminalitätsthema in Hamburg, bereits im Wahlkampf 1997 großgeschrieben, schien nicht überzeugend und transparent vermittelt worden zu sein. Schill legte mit der von ihm gegründeten Partei den Finger in die Wunde, konnte erstaunlicherweise ein „issue“ besetzen und beinahe monopolisieren, das seit eh und je im Zentrum der Politik und des staatlichen Aufgabenkanons stand. In einem lokal begrenzten Gebiet reüssierte die glänzend personalisierte und themenbezogene Kampagne eines Newcomers. So kurzfristig dieses Phänomen auch war und so schnell sich die Symbolfigur Ronald B. Schill selbst entzauberte, darf dies nicht über Defizite hinwegtäuschen.

Ronald B. Schill prägte die fast ausschließlich unter seinem Namen bekannte Partei. Flankiert durch die Springer-Presse, kam Schill im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 2001 nicht nur im Stil, sondern auch mit klaren pointierten Standpunkten den Vorstellungen einer charismatischen Führungspersönlichkeit nahe. Spätere Tabubrüche wie sein Auftritt im Bundestag im Zuge des Bundestagswahlkampfes passten gut ins Bild. Sein persönlicher Absturz war mit dem der Partei Rechtsstaatlicher Offensive untrennbar verbunden, wiewohl diese sich aus der Not heraus von ihm lossagte, um das Schlimmste zu verhindern.

⁸⁶ Vgl. Alemann, Ulrich von/Marschall, Stefan: Parteien in der Mediendemokratie – Medien in der Parteiendemokratie, in: dies. (Hg.): Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 33.

Ronald B. Schill dominierte die Partei. Ohne ihn und seinen rhetorischen Aktionismus wäre es zur Gründung der Partei Rechtsstaatlicher Offensive nicht gekommen. Honoriert wurden in den Hamburger Bürgerschaftswahlen 2001 die „kopfzentrierten“, auf Schill fixierten Umstände, die zur Gründung der Partei geführt hatten, mithin ihre bloße Existenz, die einen Ausweg aus dem „Kartell des Versagens der etablierten Parteien“ signalisierte. Schill kam im Wahlkampf nicht nur im Stil, sondern auch mit klaren pointierten Standpunkten den Vorstellungen einer charismatischen Führungspersönlichkeit nahe. Spätere Tabubrüche wie sein Auftritt im Bundestag passten gut ins Bild – wenngleich Schill den Nimbus des unorthodoxen Parvenüs in der Realpolitik durch sein Amtsverständnis und durch wenig Interesse an der weiteren Entwicklung der Partei, vor allem in Bezug auf ihr programmatisches Profil, verloren hatte. An der Person Schill lässt sich rückblickend beinahe idealtypisch festmachen, wie schnell der Glanz einer charismatischen Führungspersönlichkeit durch Fehlverhalten verblasen kann. Misserfolg gefährdet die Gefolgschaft, das Charisma Schills hielt nicht einmal eine Wahlperiode lang. Wie im Nachhinein deutlich wurde, wurde das Phänomen „Schill“ in hohem Maße medial konstruiert und verstärkt. Der Quereinsteiger erklimmte den Popularitätsgipfel nicht zuletzt unter kräftiger Mithilfe der Hamburger Springer-Presse.

Die Partei war von ihrer Gründung an auf ein einzelnes Thema – das Politikfeld der Inneren Sicherheit – hin ausgerichtet. Es kann ihr ein „One-issue-Charakter“ und eine stark symbolische Politik attestiert werden. Der Partei – flankiert von journalistischen Kampagnen, die suggerierten, ein zu lasches Recht sei schuld an den Verbrechen – gelang es, die Angst des Menschen vor dem Verbrechen zu instrumentalisieren. Die Partei suggerierte in erster Linie physische Sicherheit vor kriminellen Angriffen und hartes Durchgreifen der Strafjustiz. Sie streute Salz in die Wunden, welche die etablierten Parteien durch eine fehlende Sensibilisierung für das Politikfeld Innere Sicherheit in Hamburg hinterlassen haben, und bot eine Vielzahl von Law-and-Order-Maßnahmen an. Die Newcomer-Partei forderte Unnachgiebigkeit und Härte von staatlicher Seite, um die Bevölkerung vor Verbrechen zu schützen. Eine rechtspopulistische Rebellion des „kleinen Mannes“ gegen das sozialstaatliche Kartell fand mit Einschränkungen statt. Die Schill-Partei wettete gegen einen ausufernden Missbrauch von Sozialhilfeleistungen und setzte – ohne es konkret auszuführen

– auf das Schlagwort „Deregulierung“. Oftmals reihte sie nur einzelne Aspekte aneinander; im Mittelpunkt stand das Politikfeld der Inneren Sicherheit.

Die Schill-Partei entpuppte sich als eine kopflastige Partei ohne eine ausreichende organisatorische Basis an den „Graswurzeln“⁸⁷; sie musste auf Anhieb Regierungsverantwortung übernehmen. Eine Partei vom Typ der Schill-Partei ist ihrem Wesen nach aber negatorisch und oppositionell, die Gefahr ist andernfalls groß, in rascher Weise entzaubert zu werden.⁸⁸ Vollmundige Versprechen mit Blick auf das Stimmenpotenzial für eine bundesweite Ausdehnung erwiesen sich als leer. Die zu Recht großgeschriebene „Entfilzung“ Hamburgs in Anbetracht von 44 Jahren SPD-Regierung konnte den Erwartungen des „Volkes“ nicht entsprechen: Die – angebliche – „Anti-Filz-Partei“ mutierte schnell zur affärengelagerten „Filz-Partei“. Protest- und Regierungspartei passen auf Dauer (oder im Fall Schill gar innerhalb einer einzigen Legislaturperiode) nicht zusammen.

Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive war eine ad-hoc-Gründung mit einem ad-hoc-Erfolg. Für die Partei galt, was Everhard Holtmann dem Typus einer Protestpartei zuschreibt: „Protestparteien durchlaufen keine längerfristige Formationsphase [...], sondern konstituieren sich gleichsam aus dem Stand, begünstigt durch das zu Wahlkampfzeiten erhöhte Interesse der Öffentlichkeit. Sie sind [...] *flash parties*, ‚Blitzparteien‘“⁸⁹, die im Wesentlichen durch ein Versagen der etablierten Parteien in bestimmten Politikfeldern entstehen. Die Plötzlichkeit von Gewinnen wie Verlusten charakterisiert derartige Parteien. Die These, dass der wirksamste Mechanismus, eine populistische Partei zu entzaubern, darin besteht, sie mitregieren zu lassen, kann eher be- als widerlegt werden. Populismus und Machtteilung in Regierungsverantwortung haben wenig gemein. Die unbedarfte Schill-Partei war in den Modalitäten des politischen und innerparteilichen Konfliktaustragens wenig geübt. Sie selbst konnte sich, vor allem in der Rolle eines Juniorpartners, schwer entfalten, musste ihren Worten Taten folgen lassen und die Fähigkeit zum Ausgleich und Kompromiss

87 Vgl. Faas, Thorsten/Wüst, Andreas: The Schill Factor in the Hamburg State Election 2001, in: German Politics, 11 (2002) 2, S. 18.

88 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 14. November 2001, S. 14.

89 Holtmann, Everhard: Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2002, S. 69 (Hervorhebung im Original).

mit zwei Regierungspartnern lernen. Die Widersprüchlichkeit, aus der sie in der Bürgerschaftswahl 2001 noch profitierte, wurde ihr zum Verhängnis und beschleunigte den Weg in die Bedeutungslosigkeit.

7. Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland

Durch die Existenz der Schill-Partei als (einstiges) lokales Phänomen von einem direkten Zusammenhang zwischen Populismus und einem nicht (mehr) funktionierenden repräsentativen System zu sprechen, scheint hoch gegriffen. Ein genaues „Unter die Lupe nehmen“ legt nahe, dass wenig für eine derartige These spricht. Die Mobilisierungs- und Integrationsleistungen der etablierten Parteien sind besonders in Westdeutschland enorm. Im Unterschied zu vielen west-europäischen Nachbarstaaten hat sich der Rechtspopulismus in Deutschland zu keiner Begleiterscheinung des politischen Systems entwickelt. Der bisher am meisten Erfolg versprechende Versuch der Schill-Partei kam bundesweit betrachtet über den Status einer „Nicht-etablierten Kleinpartei“ nicht hinaus. Hans-Georg Betz resümiert: „Im Vergleich zum Erfolg rechts-populistischer Parteien in Frankreich, Italien, Österreich oder Belgien ist die Bilanz rechtspopulistischer Mobilisierung in Deutschland eher kläglich.“⁹⁰ So gelang bzw. gelingt ihnen der Durchbruch nicht; Frank Decker spricht sogar von „elektorale[n] ,Versager[n]“⁹¹.

Vier Determinanten illustrieren – exemplarisch an der Schill-Partei – das Dilemma des parteiförmig organisierten Rechtspopulismus:

- lediglich zeitweilige und punktuelle Erfolge bei Wahlen und auf Bundesebene keine Erfolgschancen;
- starke Abhängigkeit vom jeweiligen Parteivorsitzenden und dessen Launen;
- desolater innerer Zustand der Parteien und niedriger Organisationsgrad;
- Machtlosigkeit infolge fehlender Politikgestaltungsmöglichkeiten und eines schwierigen öffentlichen Umfeldes (negativ gestimmtes mediales Klima aufgrund der „Schatten der Vergangenheit“).

90 Betz, Hans-Georg: Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10 (1998), S. 11.

91 Decker, Frank: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000, S. 323.

Der parteiförmig organisierte Rechtspopulismus in Deutschland steckt – im Vergleich zum westeuropäischen Kontext – in den Kinderschuhen. Eine Partei, die es erreicht, Wählerattraktivität mittels einiger zentraler „issues“ herzustellen, existiert nach Entstehung der Partei Rechtsstaatlicher Offensive nicht. Die Partei blieb, wie ihr indisputables Abschneiden bei den Bürgerschaftswahlen 2004 in ihrem „Stammland“ eindrucksvoll bestätigte, ein vorübergehendes Phänomen. Gleichwohl lässt sich die Verunsicherung, von der die Partei Rechtsstaatlicher Offensive profitiert hat, regelmäßig wieder auffinden und zumindest theoretisch durch andere populistische Kräfte schüren.

Die Schill-Partei schärfte, nicht zuletzt durch eigene Unfähigkeit, viel zu wenig ihr Eigenprofil. Themen wie die Forderung nach Volksentscheiden oder die Mobilmachung gegen steigende Kriminalität und Zuwanderung besetzen auch andere Parteien. So schaffte es die Newcomer-Partei nach ihrem Hamburg-Erfolg nur für kurze Zeit, das Politikfeld der Inneren Sicherheit zu „monopolisieren“. Die etablierten Parteien reagierten wegen des möglichen Ausgreifens auf die bundespolitische Szene schnell. Prominente Politiker wie Otto Schily und Günther Beckstein verfolgten bundespolitisch rasch eine strikte Law-and-Order-Linie.

Thematische Anknüpfungsmöglichkeiten wie das Wohlfahrtsstaats- und Sozialstaatsthema, von der Schill-Partei nur oberflächlich und unausgegoren behandelt, gäbe es auch in naher Zukunft. Wie Joachim Raschke und Ralf Tils in einer Analyse der Schill-Partei feststellen, existiert für einen starken und kontinuierlichen Rechtspopulismus in Deutschland das Wählerpotenzial.⁹² Steht eine Führungspersönlichkeit mit Integrationsvermögen, Medienwirksamkeit sowie anerkannten rhetorischen Fähigkeiten zur Verfügung, könnte in Deutschland eine rechtspopulistische Partei bundesweit reüssieren. Dies ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht wahrscheinlich, vor

92 Raschke, Joachim/Tils, Ralf: CSU des Nordens. Profil und bundespolitische Perspektiven der Schill-Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 47 (2002), S. 58.

allem wegen des in der „Last der Geschichte“ begründeten Argwohns von Medien und Öffentlichkeit gegenüber einem parteiförmigen Rechtspopulismus in Deutschland. Der Aufstieg der Schill-Partei illustriert, wie mit populistischem Geschick politische Unzufriedenheit kurzfristig mobilisierbar geworden ist.

Der Populismus indiziert eine Krise des politischen Systems oder eine rasche gesellschaftliche Transformation mit kulturellen Unsicherheiten. In Ländern mit klassischen Zweiparteiensystemen wie in Großbritannien ist der Populismus schwach entwickelt. Ehemals stark fragmentierte Mehrparteiensysteme wie in Frankreich oder Italien wirkten auf die Entstehung der Newcomer stark begünstigend. Zielscheibe der Agitation ist ein korporatistischer Geist. In der Praxis politischen (Regierungs-)Handelns jedoch ist der Populismus selbst zu korporatistischer Politik und zum Nachgeben gezwungen. Das wiederum erklärt das Interimistische der Forderungen, die relative Kurzfristigkeit der populistischen Bewegungen – insbesondere als Juniorpartner in der Regierung. Populistische Formationen erweisen sich bei der Problemlösung – Beispiel Schill-Partei – als schlichtweg überfordert. Wo populistische Kräfte die tradierten Konsenseigenschaften des politischen Systems schrittweise abbauen, gehen Gefährdungen aus. Je stärker beispielsweise plebiszitäre Tendenzen durchschlagen, umso mehr Bedeutung haben die freiheitssichernden Schutzvorkehrungen des demokratischen Verfassungsstaates.⁹³ Allerdings war es ein großer und nachhaltiger Erfolg der FPÖ in Österreich, die „Proporzkultur“ des Landes geschwächt zu haben.

Die etablierten Parteien müssen den inhaltlichen Disput mit den Newcomern parteiförmiger oder personeller Art aufnehmen. Wer die Themen pauschal als ein „Nachdem-Munde-Reden“ abtut, handelt fahrlässig. Die Parteien erkennen nämlich die politische Sprengkraft von Problemen vielleicht deshalb oft zu spät, weil sie Warnsignale beharrlich als populistische Luftblasen von „rechts“ wie von „links“ abtun. Selbst wenn der parteiförmige Populismus – wie in Deutschland – relativ wenig Erfolgsaussichten hat, sind seine von ihm ausgesprochenen und geschürten Ängste (vor dem Islam, dem Terror, einer Überfremdung, der Weltmacht USA, der Globalisierung, der Arbeitslosigkeit oder sozialer Deklassierung) – so paradox es klingen mag – nachhaltig. Eine Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung ohne Tabus ist ent-

93 Vgl. Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004, S. 278.

facht, es bedarf der Beseitigung konkreter Missstände. Das atavistische Moment des Wegguckens vor Problemen, des Verschließens der Augen vor der unbequemen Realität ist dadurch unmöglich. Für nicht-populistische Parteien und Politiker bedeutet das eine immense Herausforderung: Sie müssen – wie Ralf Dahrendorf feststellt – die große Simplifizierung vermeiden und doch die Komplexität der Dinge verständlich machen.⁹⁴

⁹⁴ Dahrendorf, Ralf: Acht Anmerkungen zum Populismus, in: Transit. Europäische Revue, (2003) 25, S. 160.

Der Autor

Dr. phil. Florian Hartleb, geb. 1979 in Passau, ist Lehrbeauftragter an der TU Chemnitz.

Veröffentlichungen u.a.:

Hartleb, Florian: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004.

Hartleb, Florian: Auf- und Abstieg der Hamburger Schill-Partei, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 213-227.